



22.041

Voranschlag der Eidgenossenschaft 2023 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2024–2026

Budget de la Confédération 2023 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2024–2026

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 29.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 30.11.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.12.22 (FORTSETZUNG - SUITE)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 05.12.22 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 06.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.12.22 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)

Block 5 – Bloc 5

*Landwirtschaft, Standortförderung und Steuern
Agriculture, promotion économique et impôts*

Gysi Barbara (S, SG): Ich spreche zu den Positionen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Bei meinem Minderheitsantrag geht es um eine Aufstockung des Funktionsaufwands um 525 000 Franken und, im Gegenzug, um eine Erhöhung der Erträge um 3,5 Millionen Franken im nächsten Jahr. In den Finanzplanjahren 2024 bis 2026 sollen der Funktionsaufwand um jeweils 1,1 Millionen Franken und die Erträge bei der Mehrwertsteuer um jeweils 7 Millionen Franken erhöht werden. Das sind die Zahlen.

Eingesetzt werden sollen die zusätzlichen Mittel für zusätzliche Stellen, d. h. für einen Stellenaufbau von total fünf Stellen. Im nächsten Jahr sollen es zweieinhalb Stellen sein, ab 2024 sollen dann alle Stellen besetzt werden. Diesen Minderheitsantrag kennen Sie bereits aus dem Vorjahr, ich habe ihn letztes Jahr auch schon gestellt.

Der SP-Fraktion ist es wichtig, dass wir auch bei den Erträgen genau hinschauen. Wir haben ein Potenzial für Mehrerträge im Bereich der Mehrwertsteuer. Dieses Potenzial hätten wir auch im Bereich der direkten Bundessteuern, doch dort haben wir darauf verzichtet, einen Minderheitsantrag in den Rat zu bringen. Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass die Steuerehrlichkeit und die Genauigkeit bei der Steuererhebung verbessert werden. Das ist das Ziel meines Minderheitsantrages.

Mit den zusätzlichen Stellen können auch mehr Erträge generiert werden. Das wurde in einem Zusatzbericht der Eidgenössischen Steuerverwaltung so ausgeführt. Für einen Aussendienstmitarbeitenden betragen die Kosten – also Lohn, Arbeitsplatz und Spesen – rund 210 000 Franken; so errechnet sich die Aufwandposition. Umgekehrt generiert ein Aussendienstmitarbeitender einen Nettoertrag von rund 1,9 Millionen Franken. Diese Stellen rechnen sich also mehrfach. Vor allem sind es Stellen, die auch Mehrerträge bringen. Wir wollen diese Mehrerträge.

Wenn Sie in Band 2B zum Bundesbudget bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Zahlen auf Seite 59 anschauen, finden Sie die Zielsetzung, jährlich 9000 Unternehmen zu prüfen. Diese Zahl ist seit Jahren stabil. Sie wird immer gleich hoch angesetzt. Es wird nicht erwartet, dass die Eidgenössische Steuerverwaltung mehr Betriebe kontrolliert. Auf der gleichen Seite sehen Sie bei der Kontextinformation, dass wir im Bereich





der Mehrwertsteuer 403 291 steuerpflichtige Unternehmen haben. 9000 Prüfungen jedes Jahr bei über 400 000 Unternehmungen – rechnen Sie, es ist eine einfache Rechnung: Ein Unternehmen wird alle 44 Jahre kontrolliert. Das Ganze wird auch noch risikobasiert gemacht, d. h., grössere Unternehmen werden eher kontrolliert als kleinere. Es gibt also Unternehmen, die vielleicht alle achtzig oder hundert Jahre einmal kontrolliert werden. Das ist eine Tatsache.

Wir wollen das etwas verbessern. Ich meine, diese 2,5 respektive 5 Stellen sind nicht wahnsinnig viel mehr. Aber immerhin könnte man hier einiges erreichen. Es geht eben nicht nur darum, irgendwelche Bussen verteilen zu können, sondern es geht auch wirklich darum, die Mehrwertsteuer als sehr komplexe und dadurch fehleranfällige Steuer zu überprüfen. Es ist nicht einfach alles bewusst geschummelt. Vielmehr generieren diese Prüfungen immer wieder Mehrerträge, weil wirklich Fehler gemacht werden, nicht nur absichtlich, sondern eben auch infolge der Komplexität des Gesetzes. Darum macht es, denke ich, wirklich Sinn, diese Stellen aufzubauen.

Wir haben es gehört: Der Finanzhaushalt ist unter Druck. Ich glaube, dort, wo Einnahmen fliessen können, die auch fliessen müssen, weil die Steuer korrekt erfasst und bezahlt werden soll, müssen wir wirklich mehr tun, und dort können wir auch mehr tun. Darum bitte ich Sie sehr, diese zusätzlichen Stellen und Erträge zu bewilligen. Wir können damit einerseits die Steuererhebung, die Steuerehrlichkeit verbessern und andererseits auch noch etwas Gutes für den Bundeshaushalt tun.

Guggisberg Lars (V, BE): Ich beantrage Ihnen, den Betrag für die neue Regionalpolitik im Finanzplan 2024–2026 gänzlich zu streichen; dies nicht, weil wir die Regionalpolitik etwas Schlechtes finden, sondern weil der Kredit der falschen Ebene belastet wird. Es geht also um eine Korrektur bei der Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Regionalpolitik ist beim Bund am falschen Ort. Die Kantone und Gemeinden sind näher an den regionalen und lokalen Gegebenheiten dran, und sie wissen besser, wofür wie viel Geld zielführend und effizient eingesetzt werden kann. Dann sollen sie aber auch selbst bezahlen. Damit würden beim Bund jeweils Ausgaben von über 25 Millionen Franken entfallen – Geld, das wir dringend brauchen. Man hat gut ein Jahr Zeit, um die korrekte Kompetenzaufteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden vorzunehmen.

Weiter befinden wir uns inmitten einer OECD-Steuerreform, in deren Rahmen Gelder zur Standortförderung an die Kantone fliessen dürften. In den Kantonen werden also namhafte Mehreinnahmen generiert, mit welchen sich die Regionalpolitik fördern lässt. Die Finanzierung sollte für die Kantone daher kein Problem darstellen. Besten Dank, wenn Sie unseren Minderheitsantrag unterstützen.

Präsident (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Der Antrag der Minderheit Grin wird von Herrn Nicolet vertreten.

Nicolet Jacques (V, VD): J'ai le plaisir de défendre les deux minorités de notre collègue Jean-Pierre Grin, qui est retenu par son rôle de rapporteur de la Commission des finances.

A l'Office fédéral de l'agriculture, unité 708, il propose une réduction de 900 000 francs au niveau des charges de fonctionnement. Le Conseil fédéral désire augmenter de 1,8 million de francs les dépenses en personnel, notamment pour créer onze nouveaux postes à l'Office fédéral de l'agriculture. Une

AB 2022 N 2013 / BO 2022 N 2013

telle augmentation ne se justifie pas, sachant que six de ces postes sont prévus pour la mise en oeuvre de l'initiative parlementaire 19.475. Cet office travaille peut-être trop rapidement – étonnamment – pour concevoir un programme beaucoup trop détaillé pour la mise en oeuvre de cette initiative. Il doit pouvoir compenser, à notre sens, les tâches supplémentaires à l'interne, étant donné qu'il y a près de 270 collaborateurs dans cet office. Parallèlement, il faut savoir que les familles paysannes sont fortement touchées par l'introduction trop rapide des adaptations de l'ordonnance dans le cadre de cette initiative parlementaire ainsi que par la mise en oeuvre d'autres modifications que l'Office fédéral de l'agriculture a décidé d'imposer au monde agricole, qui ne sont rien d'autre qu'un copié-collé de la PA 2022 plus que ce Parlement a refusée mais que l'Office fédéral de l'agriculture nous impose par voie d'ordonnance.

Je vous invite à accepter cette modification du budget visant à réduire de 900 000 francs ce poste.

La deuxième proposition, toujours à l'Office fédéral de l'agriculture, concerne la sélection végétale et animale. La minorité Grin propose une augmentation de 3,9 millions de francs.

Le train d'ordonnances agricoles prévoit justement de modifier l'ordonnance sur l'élevage, de façon à ce que toute race indigène d'animaux de rente au bénéfice d'un statut critique ou menacée soit soutenue financièrement. Cette ordonnance entend financer ces nouvelles mesures de soutien avec un budget ordinaire, ce qui



est une erreur, puisqu'il en résulterait une réduction du programme de soutien existant pour les races qui sont déjà soutenues aujourd'hui. Prenez l'exemple de la race des Franches-Montagnes, qui verrait la contribution annuelle réduite de moitié sans majoration globale de l'enveloppe budgétaire. C'est pour arriver à "booster" et à rendre possible ce qui était notamment prévu dans la motion Rieder que je vous propose de majorer ce budget de 3,9 millions de francs.

La dernière minorité déposée par Jean-Pierre Grin, visant à demander 5 millions de francs supplémentaires pour les moyens structurels dans l'agriculture, a été retirée.

Munz Martina (S, SH): Die Kommissionsmehrheit will zusätzliche staatliche Weinwerbung in der Höhe von 6,2 Millionen Franken beschliessen. Mein Antrag verlangt eine budgetneutrale Umsetzung dieser staatlichen Weinabsatzförderung.

Die Kommissionsmehrheit will die Absatzförderung für Schweizer Wein von 3 Millionen Franken auf 9 Millionen Franken erhöhen. Das Budget soll deshalb um 6,2 Millionen Franken aufgestockt werden. Der Antrag stützt sich auf eine Motion, die dieses Jahr im Nationalrat angenommen, im Ständerat aber noch nicht behandelt worden ist.

Grundsätzlich habe ich Verständnis für die Forderung der Weinbranche, auch ich komme aus einem Weinbaudorf. Allerdings scheint sich der Hallauer Wein heute noch recht gut zu verkaufen. Gewisse Regionen haben aber mit Absatzproblemen zu kämpfen und verlangen nach einer staatlichen Absatzförderung. Als Voraussetzung für die Weinabsatzförderung durch den Staat muss allerdings ein Nachhaltigkeitslabel eingeführt werden, so verlangt es die vom Nationalrat angenommene Motion. Nicht jeder Schweizer Wein soll von der staatlichen Weinwerbung profitieren können, nur die nachhaltig produzierten Weine.

Im Landwirtschaftsbudget sind 70 Millionen Franken für Qualitäts- und Absatzförderung vorgesehen. Durch diese Qualitäts- und Absatzförderung wird auch die umstrittene Fleischwerbung vom Staat mitfinanziert. Werbespots am Fernsehen für Schweizer Fleisch sind nicht mehr zeitgemäss. Eine moderne Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft setzt auf weniger Fleisch. Das kommt der Umwelt und auch der Gesundheit zugute. Staatliche Fleischwerbung für Fleisch, das ohne Tierwohlprogramme produziert wird, ist nicht mehr zeitgemäss. Mein Antrag will die zusätzlichen 6,2 Millionen Franken für den Weinabsatz budgetneutral umsetzen, sie also beispielsweise mit diesen Werbegeldern kompensieren.

Nach all den mahnenden Voten, die zum Sparen aufrufen, müsste die SVP dankbar sein für meinen Antrag, der eine budgetneutrale Umsetzung der Motion fordert. Ich danke für die Unterstützung meines Antrages.

Bei meinem zweiten Minderheitsantrag geht es um die Verwendung der Direktzahlungen. Ich bitte Sie, bleiben Sie beim Entwurf des Bundesrates und machen Sie keine Kreditverschiebung. Der Mehrheitsantrag will das Rad der Zeit zurückdrehen und fordert, dass die Beiträge für die Versorgungssicherheit im Jahr 2023 gleich hoch bleiben wie im Vorjahr. Eine Evaluation von Agroscope hat gezeigt, dass eine Änderung der Versorgungssicherheitsbeiträge keinen Einfluss auf die Ernährungssicherheit hat. Die Landwirtschaft muss beim Übergang zu mehr Nachhaltigkeit unterstützt werden. Im Rahmen der Vernehmlassung zur AP22+ ist diese Umschichtung auch vorgesehen. Die Anpassung der Beiträge ist sinnvoll, die Landwirtschaft muss sich bewegen.

Der Bundesrat hat beschlossen, die Beiträge jetzt in kleineren Schritten zu senken. In einem ersten Schritt soll der Hektarbeitrag auf 700 Franken gesenkt werden. Der Gesamtbetrag von 2,8 Milliarden Franken Direktzahlungen bleibt gleich hoch. Der Bundesrat will lediglich die Kriterien in Richtung Nachhaltigkeit anpassen, im Sinne der Beschlüsse des Parlamentes.

Ich bitte Sie deshalb, beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben und meinem Minderheitsantrag zuzustimmen. Der Bundesrat sieht keine Kürzung vor. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Kollegin Munz, Sie wollen ja bei der Absatzförderung den Mehrbetrag kompensieren. Sie haben ausgeführt, dass Sie das gerne bei der Absatzförderung für Fleisch machen möchten. Aber die Absatzförderung für Fleisch und die Versteigerung der Kontingente bescheren dem Bund 232 Millionen Franken pro Jahr. Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass dieses Geld, diese 232 Millionen Franken, zurück an die Fleischwirtschaft fliessen soll?

Munz Martina (S, SH): Ich denke, bei der Fleischabsatzförderung geht es um mehr Fleischkonsum, um mehr Konsum von Schweizer Fleisch. Das entspricht nicht mehr einer modernen Landwirtschaftspolitik. Wir wissen, dass wir durch die hohen Tierzahlen mehr Umweltprobleme haben, und Fleisch in der Ernährung ist auch gesundheitlich keine gute Idee. Sie haben mich nach den Kontingenten gefragt. Wie wir die Landwirtschaft finanzieren wollen, ist eine andere Frage. Hier geht es darum, ob wir eine zusätzliche Absatzförderung für Fleisch wollen, ob wir es staatlich fördern sollen, dass man mehr Fleisch konsumiert. Da sage ich klar Nein, vor allem wenn es dann auch noch um Fleisch geht, das nicht aus Tierwohlprogrammen stammt.



Aebi Andreas (V, BE): Frau Munz, Sie sprechen von grossen Tierzahlen. Bitte erklären Sie als Landwirtschaftsspezialistin der SP und als Agronomin dem Schweizervolk, wie der Kuhbestand in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Munz Martina (S, SH): Danke vielmals, Kollege Aebi, für diese Frage. Sie wissen ganz genau, dass die Milchleistung pro Kuh massiv gestiegen ist. Wenn Sie eine Kuh mit einer Durchschnittsleistung von über 10 000 Litern pro Jahr haben, dann ist sie im Wesentlichen nicht mehr eine Raufutterverwerterin, sondern eine Verwerterin von Soja aus dem Ausland.

Dettling Marcel (V, SZ): Geschätzte Frau Munz, es ging in der Frage um das Fleisch; Herr Aebi hat Sie gefragt, ob der Kuhbestand zurückgegangen sei. Können Sie bestätigen, dass in den letzten dreissig Jahren der Kuhbestand, der Rindviehbestand, um über 200 000 Stück zurückgegangen ist?

Munz Martina (S, SH): Herr Dettling, ich habe vorhin gesagt, es hat mit der Milchleistung zu tun, die pro Kuh massiv erhöht worden ist. Eine nachhaltige Milchwirtschaft basiert auf einer Rasse, die eine weniger hohe Milchleistung hat, eine von 6000 bis 7000 Litern, nicht eine von 10 000 Litern und mehr.

AB 2022 N 2014 / BO 2022 N 2014

Hier habe ich die staatliche Fleischabsatzförderung kritisiert, die nichts mit Milch zu tun hat.

Nicolet Jacques (V, VD): Chère collègue Munz, on est dans la discussion sur le soutien aux vins suisses et voilà qu'on est en train de discuter d'élevage, presque d'élevage de masse. Vous venez d'évoquer le fait que, dans notre pays, les vaches laitières consomment exclusivement du soja étranger. Avez-vous lu les documents qui sont publiés notamment par l'Union suisse des paysans, qui démontrent qu'en Suisse les vaches laitières consomment près de 90 pour cent de fourrage suisse et de fourrage grossier suisse?

Munz Martina (S, SH): Ich habe vorhin auf die hohen Milchleistungen hingewiesen, die hauptsächlich auf das Kraftfutter zurückgehen, das in der Schweiz in grossen Mengen importiert wird. Wir führen hier aber keine Landwirtschaftsdebatte im Allgemeinen, sondern diskutieren über eine staatliche Absatzförderung, und da habe ich die staatliche Fleischabsatzförderung kritisiert.

Roduit Benjamin (M-E, VS): Chère collègue, je pense qu'il faut revenir sur le thème du vin et sur celui de l'environnement. Est-ce que vous êtes d'accord avec moi pour dire que les exploitations viticoles contribuent à l'entretien et même à l'amélioration du paysage?

Munz Martina (S, SH): Ich habe die Frage auch akustisch nicht verstanden.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Darf ich Sie um etwas mehr Ruhe bitten?

Roduit Benjamin (M-E, VS): Est-ce que les exploitations viticoles, selon vous, contribuent à l'entretien et à l'amélioration du paysage?

Munz Martina (S, SH): Grundsätzlich muss ich sagen: Ich bin ja schweren Herzens für die Weinabsatzförderung, obwohl ich bei staatlichen Absatzförderungen schon meine Vorbehalte habe. Grundsätzlich müssen sich auch die Weinbaubetriebe in Richtung Nachhaltigkeit bewegen, deshalb haben wir ja auch bei der Motion gesagt: wenn Absatzförderung, dann mit Nachhaltigkeitslabel. Die Weinbaubetriebe müssen sich bewegen.

Strupler Manuel (V, TG): Kollegin Munz, Sie haben die Frage von Kollege Egger nicht beantwortet, was mit den 232 Millionen Franken aus der Versteigerung der Importkontingente passieren soll. Dieses Geld finden Sie gut für die Bundeskasse, aber die paar Millionen Franken für die Absatzförderung für Fleisch möchten Sie nicht sprechen. Jetzt meine Frage: Finden Sie es denn nicht richtig, Fleisch zu essen, oder ist es gar schlecht, Fleisch zu essen? Oder geben Sie mir recht, dass Fleisch ein wichtiges Grundnahrungsmittel für unsere Bevölkerung ist?

Munz Martina (S, SH): Zu den Fleischkontingenten habe ich gesagt, dass wir jetzt nicht über eine grundsätzliche Finanzierung der Landwirtschaft sprechen. Wir haben 2,8 Milliarden Franken an Direktzahlungen. Die Bauern erhalten sehr viel Geld, hier in diesem Saal sind wir diesbezüglich sehr grosszügig mit Geld. Fleisch ist kein Grundnahrungsmittel. Wir haben Fleisch in grossem Überfluss. Eine moderne Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik setzt auf weniger Fleisch. Das ist gut für die Umwelt und die Gesundheit, und das ist



auch gut für die Landwirtschaft.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Mein Minderheitsantrag betrifft die Erhöhung der Mittel für Sofortmassnahmen für den Herdenschutz. Schafherden sollen besser vor dem Wolf geschützt werden. Das geschieht durch die Aufstellung von Zäunen oder durch den Einsatz von Herdenschutzhunden, die durch den Bund mitfinanziert werden. Finanziert werden z. B. auch mobile Unterkünfte für Hirtinnen und Hirten.

Im Voranschlag hat der Bundesrat im betreffenden Konto wiederum rund 8 Millionen Franken vorgesehen. Die Mehrheit der Finanzkommission beantragt nun eine Erhöhung um 4 Millionen auf knapp 12 Millionen Franken. Wir lehnen diese Erhöhung ab, aber nicht, weil wir gegen den Herdenschutz wären. Das möchte ich wirklich betonen: Es geht nicht gegen den Herdenschutz, diesen unterstützen wir. Wir lehnen die Erhöhung um 4 Millionen Franken aus rein finanzpolitischen Überlegungen ab.

Die bisher im Bereich des BAFU zur Verfügung gestellten Mittel waren ausreichend. Das wurde uns in den verschiedenen Kommissionssitzungen bestätigt. Teilweise wurden damit Investitionen in mobile Unterkünfte oder in technische Materialien getätigt, die mehrere Jahre benützt werden können; das sind also nicht wiederkehrende Ausgaben. Ich erinnere zudem daran, dass aufgrund der durch den Bundesrat vorgenommenen Verordnungsanpassungen bereits rascher gegen problematische Wölfe vorgegangen werden kann.

In dieser Wintersession ist zudem, basierend auf einer parlamentarischen Initiative der UREK-S, eine Revision des Jagdgesetzes traktandiert. Diese sieht auch eine Regulierung der Wölfe vor, die weiter geht. Sie soll noch in dieser Session definitiv verabschiedet werden. Man kann also davon ausgehen, dass mit all diesen Massnahmen genügend vorgekehrt worden ist, um die Herden besser zu schützen bzw. um Wölfe, die ein problematisches Verhalten aufweisen, eliminieren zu können.

Aus Sicht der Minderheit macht es deshalb keinen Sinn, auf Vorrat Gelder zu sprechen, die voraussichtlich nicht benötigt werden. Damit schränken wir angesichts der Schuldenbremse lediglich den finanziellen Spielraum für andere Projekte ein. Sollten die vom Bundesrat vorgesehenen Mittel nicht ausreichen, besteht immer noch die Möglichkeit, dass der Bundesrat einen Nachtragskredit beantragt.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Minderheit zu folgen und die Erhöhung abzulehnen.

Nicolet Jacques (V, VD): Le bloc 5 concerne l'agriculture, la promotion économique et les impôts. J'ai le plaisir d'apporter la voix du groupe UDC sur ce bloc.

Les trois propositions contenues dans l'annonce tardive du Conseil fédéral et traitant de l'impôt anticipé – plus 15 millions de francs –, du droit de timbre – plus 25 millions – et de l'impôt anticipé pour les cantons – plus 1,5 million – sont soutenues par le groupe UDC.

Les deux minorités Gysi Barbara visant à augmenter les recettes de la TVA de 3,5 millions de francs et à créer cinq postes pour 555 000 francs ne seront pas soutenues par le groupe UDC.

La minorité Guggisberg visant à supprimer les 25 millions de francs alloués au SECO pour la Nouvelle politique régionale pour les années 2024 à 2026 est soutenue par notre groupe.

La minorité Grin visant à réduire de 900 000 francs les charges de fonctionnement à l'Office fédéral de l'agriculture est également soutenue par notre groupe.

La minorité Grin visant à augmenter de 3,9 millions de francs les moyens destinés à la préservation des races indigènes et des animaux de rente, dans le cas notamment des Franches-Montagnes, est soutenue par le groupe UDC.

Le groupe UDC s'oppose à la minorité Munz visant à réduire de 6,2 millions de francs les moyens supplémentaires mis à disposition, selon la proposition de la majorité de la commission, afin d'assurer la promotion de la qualité et des ventes de vin en Suisse.

La minorité Grin visant à renforcer à hauteur de 5 millions de francs supplémentaires le soutien aux moyens structurels a été retirée.

La minorité Munz visant à supprimer les nouveaux moyens alloués aux contributions à la sécurité de l'approvisionnement par la majorité de la commission, notamment dans le cadre des paiements directs, sera rejetée par le groupe UDC. Je parle bien de la minorité Munz qui vise à supprimer cette augmentation.

A l'Office fédéral de l'environnement, la minorité Schneider Schüttel visant à diminuer de 4 millions de francs les moyens mis à disposition pour la protection des troupeaux ne sera

AB 2022 N 2015 / BO 2022 N 2015

pas soutenue par le groupe UDC, alors que, dans le cadre de notre commission, nous avons précédemment validé une augmentation de 4 millions de francs des moyens de protection pour les troupeaux.

Le budget initial 2023 prévoyait un montant de 7,9 millions de francs pour la protection des troupeaux, montant



qui a été majoré, comme je l'ai dit, de 4 millions, alors que, l'année dernière, une augmentation budgétaire de 5,7 millions de francs avait été validée par le Parlement, afin précisément de renforcer les moyens mis à disposition pour la protection des troupeaux.

Nous sommes arrivés à une situation critique et les éleveurs menacent de prendre les armes pour protéger leurs troupeaux, tant les attaques ont été nombreuses sur l'ensemble de la Suisse en 2022, le loup ne se gênant même plus d'attaquer des bovins adultes de plus de 600 kilos dans le canton de notre président, le canton des Grisons, à proximité des chalets d'alpage habités par les éleveurs.

J'ai d'ailleurs un collègue éleveur du Jura vaudois qui m'expliquait avec beaucoup d'émotion qu'il a été contraint, avec son épouse et ses enfants, de faire face à une troisième attaque de loup à proximité de leur chalet.

Nous devons impérativement mettre à disposition des moyens permettant d'assurer une meilleure protection des troupeaux de façon beaucoup plus conséquente sur nos alpages. C'est la raison pour laquelle je vous invite à rejeter la minorité sur ce sujet.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Cher collègue, vous avez dit dans vos explications que ma minorité ne voulait pas accepter le crédit prévu pour la protection des troupeaux, qu'elle voulait diminuer le crédit prévu. Est-ce que vous pouvez confirmer que ma minorité ne veut en fait pas accepter l'augmentation du crédit? Je voudrais en rester au montant proposé par le Conseil fédéral.

Nicolet Jacques (V, VD): Je peux en effet l'expliquer plus clairement. Le Conseil fédéral a prévu un montant de 7,9 millions de francs. La majorité de la commission propose d'augmenter ce montant de 4 millions pour le faire passer à 11,964 millions. Votre minorité propose une réduction de 4 millions, c'est-à-dire de revenir au montant initial proposé par le Conseil fédéral.

Fischer Roland (GL, LU): In diesem Block diskutieren wir unter anderem einen Aufgabenbereich, in dem wir fast jedes Jahr Aufstockungen haben. Ich spreche hier von der Landwirtschaft, aber auch vom Steuerertrag, wo Sie heute die Gelegenheit haben, auch ein kleines bisschen mehr Einnahmen zu beschliessen. Damit könnten Sie zumindest einen Teil der im Rahmen des Voranschlages beschlossenen Aufstockungen mit Mehreinnahmen gegenfinanzieren, so, wie dies Bundesrat Maurer ja am Anfang der Debatte angeregt hat. Nun komme ich aber zu den Ausgaben oder den Anträgen im Einzelnen.

Beim Bundesamt für Landwirtschaft werden wir die drei Minderheitsanträge Grin ablehnen. Zustimmung werden wir hingegen den beiden Minderheiten Munz.

Der Minderheitsantrag Grin beim Funktionsaufwand zielt direkt auf die Umsetzung der parlamentarischen Initiative, bei der es darum geht, das Risiko beim Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Wir Grünliberalen sind der Ansicht, dass diese Initiative rasch umgesetzt werden muss. Deshalb sollen auch die zusätzlichen Stellen dafür bereitgestellt werden.

Der zweite Minderheitsantrag Grin betrifft unter anderem die Freiburger Pferde, welche unter der Position "Pflanzen- und Tierzucht" subventioniert werden. Wenn Sie hier aufstocken, werden die Pferde keinen Rappen mehr erhalten, da für diese Pferde gemäss Bundesrat eine Besitzstandsgarantie gilt. Die leichte Kürzung bei den anderen Beiträgen ist aus Sicht der Grünliberalen verkraftbar.

Nun kommen wir zum Wein. Die Mehrheit der grünliberalen Fraktion schätzt den Schweizer Wein. Das bedeutet aber nicht, dass wir auch eine verstärkte Absatzförderung für Schweizer Wein schätzen. Generell stehen wir der Absatzförderung sehr skeptisch gegenüber. Wir anerkennen aber, dass wir die Motion zur Absatzförderung für den Wein im Nationalrat angenommen haben; im Ständerat ist sie allerdings noch nicht angenommen worden. Wir anerkennen auch, dass ein Teil dieser Mittel für die Qualitätsförderung verwendet wird. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Mittel gesamthaft nicht erhöht werden sollten, und unterstützen deshalb mehrheitlich die Minderheit Munz, welche die Ausgaben für den Wein intern kompensieren will.

Auch bei den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen lehnen wir eine Erhöhung der Mittel ab und unterstützen die Mehrheit.

Bei den Direktzahlungen beantragt der Bundesrat eine Verschiebung von Mitteln, welche die Mehrheit der Kommission nicht will. Wir begrüssen es aber, dass bei den Direktzahlungen nachhaltige Produktionsmethoden stärker gewichtet werden, und unterstützen deshalb die vom Bundesrat und der Minderheit Munz beantragte Verschiebung.

Beim SECO verlangt die Minderheit Guggisberg, für die neue Regionalpolitik im Finanzplan keine Mittel mehr einzustellen. Das kann man machen, aber es gibt eine gesetzliche Grundlage für diese Beiträge. Wenn Sie diese in Zukunft nicht mehr ausbezahlen möchten, dann müssen Sie zuerst das Gesetz ändern, und das ist bis im Jahr 2024 wohl kaum möglich. Die Grünliberalen unterstützen deshalb die Mehrheit der Kommission.



Bei der Minderheit Schneider Schüttel geht es um den Wolf. Wir unterstützen Beiträge für den Herdenschutz, er muss ausgebaut werden, das ist auch für uns klar. Wir sind jedoch der Meinung, dass Gelder nicht auf Vorrat gesprochen werden sollen. Der Bedarf an zusätzlichen Mitteln gemäss Mehrheitsantrag ist nicht ausgewiesen. Falls die Mittel im nächsten Jahr tatsächlich nicht reichen sollten, kann ein Nachtragskredit beantragt werden. Nun komme ich zur Minderheit Gysi Barbara: Es geht hier grundsätzlich darum, bei der Mehrwertsteuer die personellen Ressourcen der Steuerverwaltung schrittweise zu verstärken, mit dem Ziel, den Steuerertrag zu erhöhen. Beim heutigen Personalaufwand können wir davon ausgehen, dass der Nettogrenzertrag einer zusätzlichen Person im Bereich der Kontrollen immer noch positiv ist; das zeigt ein Bericht der Steuerverwaltung. Das heisst, der zusätzliche Steuerertrag aufgrund von Kontrollen ist im Durchschnitt höher als der zusätzliche Personalaufwand. Man kann jetzt einwenden, das sei etwas zu sehr Mikromanagement. Aber wir betrachten den Antrag auch als strategische Vorgabe an die Steuerverwaltung, das Potenzial durch vermehrte Kontrollen auszuschöpfen. Es geht hier nicht darum, einfach Bestrafungen vorzunehmen, sondern eben darum, allfällige Fehler aufzudecken, weil es sich doch um eine relativ komplizierte Steuer handelt. Wir, die Grünliberalen, unterstützen deshalb die Mehrheit.

Badertscher Christine (G, BE): Gerne gebe ich Ihnen die Positionen der grünen Fraktion in Block 5 bekannt. Die Minderheit Gysi Barbara fordert eine Erhöhung der Mittel für die Finanzierung zusätzlicher Stellen bei der Mehrwertsteuer. Diese können Mehreinnahmen generieren, da mehr Kontrollen durchgeführt werden können. Dabei geht es auch um die Fairness unter den Unternehmen. Die Grünen unterstützen diesen Minderheitsantrag.

Die Minderheit Guggisberg will die Mittel für die neue Regionalpolitik für die Jahre 2024 bis 2026 – es sind 25 Millionen Franken pro Jahr – ganz streichen. Dies lehnen wir ab. Die neue Regionalpolitik ist ein wichtiges Element der Wirtschaftsförderung der Schweiz. Sie kommt den Regionen zugute, insbesondere den Rand- und Bergregionen. Dank ihr wird die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit dieser Regionen unterstützt.

Den Antrag der Minderheit Grin, mit dem beim Bundesamt für Landwirtschaft eine Kürzung des Funktionsaufwands gefordert wird, lehnen wir ebenfalls ab. Die Personalkosten beim Bundesamt für Landwirtschaft dürfen nicht gekürzt werden. Mit der parlamentarischen Initiative 19.475 sind nicht nur die zusätzlichen Stellen verbunden, sondern auch das Informationssystem Digiflux für das umfassende Management von Daten im Bereich der Pflanzenschutzmittel und Nährstoffe.

AB 2022 N 2016 / BO 2022 N 2016

Die Daten sorgen für mehr Transparenz, was in diesem Bereich sehr wichtig ist. Deshalb lehnen wir diesen Minderheitsantrag ab.

Eine Minderheit Grin fordert eine Aufstockung der Mittel bei der Tierzucht, damit gefährdete einheimische Nutztierassen gefördert werden können. Die Grünen werden grossmehrheitlich dem Antrag der Kommissionsmehrheit zustimmen, da davon ausgegangen wird, dass genügend Mittel vorhanden sind, um alle Tierarten zu unterstützen.

Beim Antrag der Minderheit Munz geht es um die berühmte Absatzförderung für den Wein. Die Mehrheit der Finanzkommission fordert eine Aufstockung der Absatzförderung um 6,2 Millionen Franken. Für Schweizer Wein gibt es keinen wirksamen Grenzschutz, und er steht in Konkurrenz zu billigeren ausländischen Weinen. Die Budgeterhöhung ist die Konsequenz einer entsprechenden Motion, welche in diesem Rat angenommen wurde. Die Grünen werden mehrheitlich der Minderheit Munz folgen, da im Ganzen genügend Mittel für die Absatzförderung vorhanden sind. Eine Minderheit der grünen Fraktion wird der Finanzkommission folgen und die zusätzlichen Mittel unterstützen.

Zum Schluss noch zum Herdenschutz: Die Mehrheit der Finanzkommission hat beschlossen, die Mittel für die Herdenschutzmassnahmen um 4 Millionen Franken aufzustocken. Eine Minderheit Schneider Schüttel lehnt diese Aufstockung ab mit der Begründung, dass genügend Mittel vorhanden seien. Die Grünen werden grossmehrheitlich der Mehrheit folgen, da der Herdenschutz eine sehr wichtige Massnahme ist, um den Problemen mit der wachsenden Wolfspopulation zu begegnen. Die Alpwirtschaft muss unterstützt werden, sonst besteht die Gefahr, dass immer mehr Alpen aufgegeben werden. Das Parlament hat in diesem Jahr Zusatzmittel für Sondermassnahmen beschlossen. Diese Massnahmen haben sich bewährt und müssen auch im Jahr 2023 fortgeführt werden.

Bourgeois Jacques (RL, FR): Dans le cadre de ce bloc 5, "Agriculture, promotion économique et impôts", le groupe libéral-radical vous invite à suivre partout la majorité.

Concernant l'Administration fédérale des contributions, le groupe libéral-radical rejettera la proposition de la



minorité Gysi Barbara de créer cinq postes dans le domaine des contrôles liés à la taxe sur la valeur ajoutée et appuiera ainsi la majorité. De 2015 à 2019, il y a eu une augmentation de personnel dans ce domaine de 75 équivalents plein temps. Des besoins supplémentaires en personnel ne sont donc pas justifiés, d'autant plus qu'avec la digitalisation les contrôles se simplifient.

Concernant le SECO, la minorité Guggisberg propose, ni plus ni moins, de réduire à zéro les montants alloués au poste 704.A231.0208, "Nouvelle politique régionale". La Nouvelle politique régionale est un important soutien notamment pour le tourisme alpin. Prochainement, le Parlement aura l'occasion de se pencher sur la nouvelle stratégie de la politique régionale. Ne mettons pas la charrue avant les boeufs et attendons ce document avant de couper radicalement dans ce poste budgétaire. Le groupe libéral-radical ne soutiendra pas, par conséquent, cette minorité.

Concernant l'OFAG, au sujet de l'augmentation du crédit alloué à la promotion des ventes de vins suisses de 6,2 millions de francs au poste 708.A231.0229, "Promotion de la qualité et des ventes", je tiens en préambule à déclarer mes intérêts en tant que président de la Fédération suisse des vignerons. A la suite de l'adoption par notre conseil, le 9 juin dernier, par 98 voix contre 61 et 22 abstentions, de la motion 22.3022, "Renforcer la promotion des vins suisses", le groupe libéral-radical vous recommande de confirmer cette décision et de rejeter par conséquent la minorité Munz. Ceci permettra au secteur vitivinicole de disposer de 6,2 millions de francs supplémentaires pour la promotion des vins suisses, soit au total 9 millions de francs.

Ce montant sera, selon la règle du 50/50 qui prévaut pour ce poste budgétaire, doublé par la branche. Si nous voulons lutter à armes égales avec nos concurrents étrangers, nous devons absolument renforcer la promotion des vins suisses. Rappelons que le secteur vitivinicole a perdu 10 pour cent de parts de marché au cours des 25 dernières années. Nous voudrions à l'avenir atteindre au moins 40 pour cent de parts de marché contre 35 pour cent actuellement. Les vins suisses s'inscrivent dans un contexte de durabilité et de maintien de notre patrimoine.

Concernant les propositions de minorité Grin au sujet des charges de fonctionnement, je vous invite à ne pas réduire le crédit destiné aux charges de salaire du personnel de l'OFAG. Sur les onze postes demandés, cinq sont compensés à l'interne, et sur les six restants, quatre sont à durée déterminée, soit une augmentation réelle de seulement deux équivalents plein temps. Ces besoins en personnel supplémentaire sont nécessaires afin de pouvoir mettre en application les mandats que nous avons donnés à l'OFAG dans les domaines de la numérisation et des produits phytosanitaires, avec la récolte de données au moyen du programme "Digiflux". Le groupe libéral-radical suivra par conséquent à ce sujet la majorité de la commission.

En ce qui concerne les améliorations structurelles dans l'agriculture, je vous invite, au nom du groupe libéral-radical, à rejeter la proposition de la minorité Grin. Nous serons informés au printemps prochain de la nouvelle stratégie 2030. Nous pourrions ainsi en connaissance de cause décider si les montants alloués actuellement suffisent ou pas, et, le cas échéant, si les cantons ont un besoin supplémentaire, nous pourrions utiliser la voie du crédit-cadre supplémentaire.

En ce qui concerne les 4 millions de francs supplémentaires destinés à des mesures urgentes pour la protection des troupeaux, le groupe libéral-radical soutiendra cette proposition. Compte tenu de la croissance exponentielle du nombre de meutes et du nombre de loups dans notre pays – qui se situent actuellement à 20 meutes et près de 200 loups –, il est important de renforcer les mesures de protection des troupeaux. Dans le cadre du débat sur la révision de la loi sur la chasse, que nous tiendrons cette session lorsque nous examinerons le projet issu de l'initiative parlementaire 21.502, "L'augmentation des populations de loups devient incontrôlable. Sans possibilité de régulation, elle menace l'agriculture", nous avons appris que si nous désirons maintenir au niveau actuel le nombre de meutes et de loups dans notre pays, il faudra tirer préventivement 60 loups par année. Jusqu'à ce que ces mesures puissent être mises en oeuvre et qu'elles déploient leurs effets, il faut absolument, au vu de cette augmentation exponentielle, renforcer la protection des troupeaux.

C'est pour ces raisons que le groupe libéral-radical suivra la majorité de la commission et rejettera la proposition de la minorité Schneider Schüttel.

Siegenthaler Heinz (M-E, BE): Die Mitte-Fraktion empfiehlt Ihnen bei Block 5, den Minderheitsantrag Gysi Barbara abzulehnen, bei dem es darum geht, bei der direkten Bundessteuer mehr Personal einzustellen; wir tun dies auch aus der Überlegung heraus, dass die direkte Bundessteuer von den Kantonen eingezogen wird. Die Kontrollen müssten eigentlich so erfolgen, dass der Bund kontrolliert, ob die Kantone die Steuern richtig erheben.

Kommen wir zum SECO und zur Minderheit Guggisberg, welche die Förderung im Rahmen der neuen Regionalpolitik gänzlich streichen möchte. Sie haben gehört, dass es dazu ein Gesetz gibt. Dieses müsste zuerst geändert werden, bevor diese Streichung gemacht werden könnte. Daher sind wir dagegen. Grundsätzlich



werden wir die Debatte dazu noch führen. Bezüglich Steuergeldern ist es so, wie ich es beim Eintreten gesagt habe: Wenn es um Einnahmen geht, dann schreien alle nach mehr Geldern. Aber geht es um Aufgaben, halten sich die Kantone vornehm zurück. Wie gesagt, die Gesetzesgrundlage müsste zuerst geändert werden, weshalb wir Sie bitten, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Wir lehnen auch den Minderheitsantrag Grin ab, welcher beim Bundesamt für Landwirtschaft den Funktionsaufwand kürzen will. Auch den Minderheitsantrag Grin zu den landwirtschaftlichen Strukturverbesserungen lehnen wir ab.

Das Thema des Weins wurde hier sehr emotional behandelt. Im Hinblick auf die Begründung der Minderheit Munz und die

AB 2022 N 2017 / BO 2022 N 2017

nachfolgende Fragerunde gebe ich meine Interessenbindung bekannt: Ich trinke gerne Schweizer Wein und esse dazu gerne ein Stück Fleisch.

Wieder zurück zum Thema: Die Weinproduktion ist in der Schweiz ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die Weinberge sind auch ein Unesco-Weltkulturerbe. Das Thema ist wichtig, und wir haben eine Motion eingereicht, die hier eine Mehrheit gefunden hat. Die Aufstockung um 6 Millionen Franken gegenüber dem bundesrätlichen Entwurf ist nur die logische Folge davon.

Die Mehrheit der Mitte-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen. Ich kann mir aber hier ein paar persönliche Bemerkungen nicht verkneifen. Die erste Bemerkung: Es ist für mich ein bisschen rätselhaft, wie man hier in diesem Staat mit den alkoholischen Getränken umgeht. Die einen müssen Steuern bezahlen, und die anderen werden staatlich gefördert. Die zweite Bemerkung: Wein ist etwas Feines, etwas Gutes, aber es ist eine psychoaktive Substanz. Hinzu kommt, dass wir Gesundheitsmassnahmen unterstützen, die aufgrund der Förderung des Weinabsatzes nötig sind. Noch eine letzte Bemerkung, und zwar zu einer Differenz: Es gibt auch psychoaktive Substanzen, die der gleiche Staat, der einige fördert, verbietet.

Der Exkurs ist fertig. Ich komme zurück zur Tierzucht. Auch hier findet die Mehrheit, dass es wichtig ist, diese Gelder zu sprechen. Eine Minderheit oder einige Ratsmitglieder werden der Aufstockung aus finanzpolitischer Disziplin nicht zustimmen können, genau gleich wie beim Thema Wolf. Die Wölfe vermehren sich in der Schweiz explosionsartig und stellen für die betroffenen Regionen ein tatsächliches Problem dar. Wir haben letztes Jahr einen Kredit aufgestockt. Das Geld wurde sinnvoll eingesetzt. Aber auch hier gibt es unsererseits ein paar kritische Stimmen. Wichtig wäre ein revidiertes Jagdgesetz. Die Verwaltung hat uns gesagt, es sei jederzeit möglich, die Gelder hier mit einem Nachtragskredit aufzustocken, wenn es im kommenden Jahr mehr Mittel brauchen würde. Der letzte, immer wieder gleiche Grund gegen eine Aufstockung ist die finanzpolitische Disziplin. Wenn wir gar nirgends aufstocken wollen, sollten wir auch hier die Disziplin einhalten und keine Aufstockungen machen.

Ich bitte Sie, der Mitte-Fraktion zu folgen.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Ich spreche für die SP-Fraktion zu Block 5, wo bei den Steuern für einmal auch die Einnahmenseite angesprochen wird. Aufgrund der angehäuften Schulden, namentlich aus der Covid-19-Pandemie, wird häufig die Notwendigkeit von Sparmassnahmen geltend gemacht und damit die Ausgabenseite anvisiert. Aus unserer Sicht muss die Einnahmenseite aber gleichermassen beachtet werden. Wenn die Finanzlage angespannt ist, muss man auch mögliche Mehreinnahmen identifizieren und generieren. Das ist mit mehr Kontrollen im Bereich der Mehrwertsteuer möglich. Die SP-Fraktion ist zudem der Ansicht, dass namentlich die geplanten Steuerreformen nicht zu Einnahmenausfällen führen dürfen. Es ist deshalb zu prüfen, ob gewisse Reformen, wie z. B. die Abschaffung der Industriezölle, erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden sollten.

Die SP-Fraktion wird aus diesen Gründen den Minderheitsantrag Gysi Barbara unterstützen, der dank vermehrter Kontrollen bei der Mehrwertsteuer Mehreinnahmen von ungefähr 7 Millionen Franken generieren könnte. Dafür muss zwar eine Aufstockung um 2,5 Stellen vorgenommen werden, diese wird jedoch durch die Mehreinnahmen kompensiert; Frau Gysi hat es Ihnen in ihrem Votum vorgerechnet.

Den Minderheitsantrag Guggisberg werden wir ablehnen. Die neue Regionalpolitik ist ein wichtiges Instrument, um z. B. Randregionen oder Berggebiete fördern zu können. Die entsprechende Position soll daher nicht einfach auf null reduziert werden.

Im Bereich der Landwirtschaft bestehen dagegen verschiedene Anträge zur Erhöhung der Ausgaben, so z. B. bei der Qualitäts- und Absatzförderung, wo Ihre Kommission eine Erhöhung um 6,2 Millionen Franken für die Absatzförderung beim Wein vorschlägt. Eine Mehrheit der SP-Fraktion wird hier den Minderheitsantrag Munz unterstützen. Wer aus einer Weinbauregion stammt, sieht die Sache aber vielleicht – das gilt auch bei uns –



etwas anders.

Gleiches gilt für den Minderheitsantrag Schneider Schüttel: Aus finanzpolitischen Überlegungen und weil genügend Gelder für den Herdenschutz vorhanden sind, werden wir dem Erhöhungsantrag teilweise nicht zustimmen. Einige sehen nur bei einer Zustimmung ein genügend starkes Zeichen für die Unterstützung des Herdenschutzes.

Wir lehnen den Minderheitsantrag Grin ab. Die Kürzung beim Funktionsaufwand würde das Personal betreffen, das aufgestockt werden soll. Es ist wichtig, dass das Bundesamt für Landwirtschaft die Aufstockung erhält. Mit dem Programm Digiflux, das es einführen muss, hat es wichtige Aufgaben im Bereich der Digitalisierung. Von den elf Stellen werden fünf voll kompensiert, zwei werden fix sein, vier temporär. Man versucht also, auch beim Personal zurückhaltend zu sein. Zusätzlich soll die parlamentarische Initiative 19.475 der WAK-S, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", umgesetzt werden. Dafür braucht es Leute, und dafür braucht es die Digitalisierung.

Bei der Pflanzen- und Tierzucht hatten wir am Anfang tatsächlich Bedenken, dass es bei den Freiburger Pferden Abstriche geben könnte. Bei den alten Schweizer Rassen, die man weiterhin züchten möchte, wurden nun zwei Kategorien geschaffen: kritische und gefährdete Rassen. Die Beiträge für die kritischen Rassen wurden beibehalten; das betrifft die Freiburger Pferde. Bei den gefährdeten Rassen hat man die Beiträge reduziert. Wenn Sie diesen Beitrag erhöhen, bekommen die Freiburger Pferde keinen Franken mehr.

Auch bei der Strukturverbesserung lehnen wir den Minderheitsantrag Grin ab. Die Kantone sind nicht darauf vorbereitet, das zusätzlich zur Verfügung gestellte Geld einzusetzen. Das Resultat wären Kreditreste, womit nichts für die Landwirtschaft erreicht werden kann. Wenn Sie mehr Geld beschliessen, wird das durch Kreditreste nur zum Schuldenabbau beim Bund beitragen.

Ich bitte Sie also, die Anträge der SP-Fraktion zu unterstützen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Aus dem Drama "Hamlet" von Shakespeare stammt das Zitat: "Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage." Ich habe das Gefühl, diese Diskussion um Wein und Wölfe bringt uns immer an den Rand eines Dramas. Aber man könnte auch sagen, es ist zu einer liebgewonnenen Gewohnheit geworden, dass wir im Rahmen der Budgetdebatte jeweils über diese Themen diskutieren.

Grundsätzlich bitte ich Sie, in diesem Block dem Entwurf des Bundesrates zu folgen. Ich komme aber noch kurz auf die Minderheitsanträge zu sprechen.

Der Minderheitsantrag Gysi Barbara möchte in der Steuerverwaltung das Personal zur Kontrolle der Mehrwertsteuer aufstocken und verbindet das mit Mehreinnahmen. Ich erinnere Sie daran, dass wir seit 2014 für eine verbesserte Kontrolle der Steuern insgesamt 75 Stellen geschaffen haben. Davon entfallen 16 Stellen auf die Hauptabteilung Mehrwertsteuer. Hier haben wir also bereits aufgestockt. Zudem zeigt sich nun ein Effekt, den ich Sie ebenfalls zu berücksichtigen bitte: Mit der Digitalisierung haben wir heute wesentlich mehr Zahlenmaterial und Algorithmen, um die Steuern zu prüfen. Es braucht also weniger Kontrollen, weil dank der Digitalisierung Auffälligkeiten eben sofort erkannt werden, und denen kann man dann nachgehen. Hier profitieren wir von der Digitalisierung. Das ist etwas, was Sie ja auch immer fordern.

Es ist zwar ein berechtigtes Anliegen, aber aus unserer Sicht haben wir die Kontrolle verbessert, und zwar einerseits durch mehr Stellen, andererseits durch den technologischen Fortschritt. Eine Aufstockung ist hier nicht notwendig. Ich bitte Sie also, den Minderheitsantrag Gysi Barbara abzulehnen. Die Forderung ist aus unserer Sicht erfüllt.

Ich komme zur Minderheit Guggisberg zur neuen Regionalpolitik. Hier mache ich Sie darauf aufmerksam, dass für die neue Regionalpolitik eine gesetzliche Grundlage besteht. Bund und Kantone haben sich zu gleichen Teilen an diesen Projekten zu beteiligen. Wenn Sie diesen Betrag streichen, sinken die entsprechenden Reserven, und dann könnte das Gesetz nicht mehr erfüllt werden. Die Regionalpolitik zu

AB 2022 N 2018 / BO 2022 N 2018

fördern, ist ein gesetzlicher Auftrag, den Sie uns vor Jahren oder Jahrzehnten gegeben haben. Es gibt entsprechende regionale Projekte, die wir zusammen mit den Kantonen finanzieren. Wenn Sie hier dem Antrag der Minderheit Guggisberg folgen, dann treffen Sie insbesondere die ländlichen Regionen, die von diesen Projekten profitieren. Und wenn Sie diese Aufgabe ausschliesslich den Kantonen zuschieben möchten, wie das in der Begründung gesagt wurde, dann müssen Sie die gesetzlichen Grundlagen ändern. Ich bitte Sie also, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Ich komme damit zum Bundesamt für Landwirtschaft. Hier gibt es einen Minderheitsantrag Grin auf eine Kürzung um 900 000 Franken bei den Personalausgaben im Bereich des Einsatzes von Pestiziden. Hier beziehen wir uns auf die parlamentarische Initiative, die uns beauftragt, genau das zu machen, was wir jetzt im Budget



umsetzen. Wir nehmen Ihre Aufträge ja jeweils wahr. Ich kann aber noch darauf aufmerksam machen, dass vier der sechs Stellen, die dieses Projekt beinhaltet, nur befristet, also übergangsmässig, gewährt werden. Damit kommen wir dem Wunsch von Herrn Grin zumindest teilweise nach. Es geht hier um die technischen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, um das zu kontrollieren. Ich bitte Sie, auf diesen Kürzungsantrag zu verzichten, damit wir den gesetzlichen Auftrag so umsetzen können, wie Sie das mit der parlamentarischen Initiative gefordert haben.

Ich komme zu einem weiteren Minderheitsantrag Grin. Hier geht es um eine Aufstockung bei der Position "Pflanzen- und Tierzucht" um 3,9 Millionen Franken, die für die Erhaltung einheimischer Nutztierassen eingesetzt werden sollen. Hier mache ich darauf aufmerksam, dass im Budget bereits 30 Millionen Franken für genau diesen Auftrag, die Erhaltung der einheimischen Nutztierassen, eingestellt sind. Eine weitere Aufstockung ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Die 30 Millionen Franken genügen, um diesen Auftrag zu erfüllen. Ich bitte Sie also, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Damit kommen wir zum Wein. Hier möchte die Mehrheit eine Aufstockung um 6,2 Millionen Franken. Die Minderheit Munz bekämpft diese Aufstockung und folgt damit dem Bundesrat – somit habe ich einmal im Rahmen dieser Budgetdebatte die Gelegenheit, Frau Munz zu unterstützen. Ich bitte Sie also, der Minderheit zu folgen und diesen Kredit nicht aufzustocken, weil die eingestellten Mittel aus unserer Sicht genügen, um diesen Bereich zu fördern. Bei allen Fördermassnahmen zugunsten der Landwirtschaft müssen wir darauf achten, dass alles in einem gewissen Gleichgewicht zueinander steht. Käse, Fleisch, Wein, das ist alles in etwa aufeinander abgestimmt. Eine Aufstockung ist nicht notwendig. Hier bitte ich Sie, wie gesagt, der Minderheit Munz zu folgen. In Bezug auf die Verwendung hingegen bitte ich Sie, den Minderheitsantrag Munz abzulehnen, weil uns nicht ganz klar ist, wie er zu interpretieren ist. Der Entwurf des Bundesrates sieht hier keine Aufstockung vor, gleichzeitig aber auch keine Auflagen bezüglich der Verwendung.

Damit komme ich zur landwirtschaftlichen Strukturverbesserung. Eine Aufstockung um 5 Millionen Franken ist da aus unserer Sicht ebenfalls nicht notwendig. Die eingestellten Mittel genügen, um diesen Auftrag zu erfüllen.

Schliesslich kommen wir noch zu den Mitteln für Versorgungssicherheitsbeiträge. Mit ihrer Minderheit möchte Frau Munz die von der Finanzkommission beantragten Mittel streichen. Auch hier wird ein Bezug zur mehrmals erwähnten angenommenen parlamentarischen Initiative hergestellt. Ich bitte Sie, hier nicht der Mehrheit, sondern ebenfalls dem Bundesrat und damit der Minderheit Munz zu folgen.

Abschliessend kommen wir noch zu den Wölfen, d. h. zur Position "Wildtiere, Jagd und Fischerei". Für den Herdenschutz möchte die Mehrheit den Kredit um 4 Millionen Franken aufstocken. Dieser Kredit wurde in den letzten Jahren laufend aufgestockt. Das Problem der Wölfe besteht, und es nimmt zu. Der Bundesrat ist hier absolut gleicher Meinung, hält aber trotzdem dafür, dass die jetzt eingestellten höheren Mittel im Budget genügen, um den Herdenschutz angemessen zu unterstützen. Sollte es letztlich noch mehr Massnahmen brauchen, müsste man das Problem Wolf wohl umfassender angehen. Es allein über den Herdenschutz anzugehen, dürfte dann nicht mehr genügen. Ich bitte Sie hier also, der Aufstockung nicht zuzustimmen. Der Bundesrat hat diesen Bereich auf dem Radar und wird entsprechende Vorschläge machen, sobald sich das als notwendig erweisen sollte.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Pour ce bloc 5, ma collègue Anna Giacometti et moi allons nous partager le rapport de la Commission des finances. Je vais vous parler des trois annonces tardives du Conseil fédéral et de deux propositions de minorité.

Les annonces tardives du Conseil fédéral concernent l'impôt anticipé et les droits de timbre. Suite au refus de la réforme de l'impôt anticipé, les recettes seront augmentées, par rapport à la prévision du Conseil fédéral, de 15 millions de francs, portant le montant prévu au titre de l'impôt anticipé à 6,649 milliards. Le montant prévu au titre des droits de timbre sera augmenté de 25 millions de francs pour le porter à 2,375 milliards. Une autre annonce tardive fait suite à l'augmentation de l'impôt anticipé: la part cantonale augmentera elle aussi, soit de 1,5 million de francs. Il n'y a pas de commentaire de la Commission des finances concernant ces différentes annonces tardives.

La minorité Gysi Barbara propose d'augmenter en 2023 les moyens dans le domaine des contrôles de la TVA de 3,5 millions de francs et de réaffecter trois postes supplémentaires à l'administration fiscale pour les contrôles. Cette minorité demande également, pour les années 2024, 2025 et 2026, une augmentation de 7 millions par année des moyens dans le domaine des contrôles de la TVA, avec une réaffectation de 1,05 million pour cinq postes supplémentaires dans le domaine du contrôle fiscal.

Cette proposition a été rejetée par la Commission des finances par 14 voix contre 11.

La minorité Guggisberg concerne la Nouvelle politique régionale. Cette minorité vous propose de supprimer les



montants nécessaires à cette politique. M. Guggisberg estime que c'est aux cantons et non à la Confédération de soutenir la Nouvelle politique régionale. Comme il existe une base légale – vous l'avez entendu de la part de M. le conseiller fédéral –, la Commission des finances estime qu'il n'est pas possible de diminuer ce poste, voire de le supprimer, pour les années 2024 à 2026.

Pour cette raison, la Commission des finances vous propose, par 18 voix contre 7, de rejeter la proposition défendue par la minorité Guggisberg.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Ich fahre weiter mit den Erläuterungen zu Block 5. Es gibt noch vier Minderheitsanträge zum Budget des Bundesamtes für Landwirtschaft und einen Minderheitsantrag zum Budget des Bundesamtes für Umwelt.

Beim Bundesamt für Landwirtschaft will die Minderheit Grin – ihr Antrag wurde von Kollege Nicolet begründet – den Funktionsaufwand um 900 000 Franken reduzieren. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 18 zu 6 Stimmen abgelehnt. Es geht hier um sechs zusätzliche Arbeitsplätze, welche notwendig sind, um die parlamentarische Initiative 19.475 umzusetzen. Es geht darum, das Risiko beim Einsatz von Pestiziden zu reduzieren. Das Projekt kostet insgesamt fast 20 Millionen Franken; für die Umsetzung braucht es mehr Personal.

Bei der Position "Pflanzen- und Tierzucht" will die Minderheit Grin – auch dieser Antrag wurde von Kollege Nicolet begründet – den vom Bundesrat im Budget 2023 beantragten Betrag um 3,9 Millionen Franken erhöhen, und zwar zugunsten der Erhaltung einheimischer Nutztierassen. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 14 zu 9 Stimmen abgelehnt. Eine Erhöhung ist nicht notwendig, da die Beiträge für die Erhaltung der kritischen Rassen nicht reduziert wurden.

Bei der Position "Qualitäts- und Absatzförderung" beantragt die Kommission mit 14 zu 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen, den vom Bundesrat im Budget beantragten Betrag um 6,2 Millionen Franken zu erhöhen. Mit diesem Betrag will man die Absatzförderung für Schweizer Wein unterstützen. Es handelt sich dabei um die Umsetzung der Motion 22.3022, welche vom Nationalrat in der Sommersession angenommen worden ist. Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, die Mittel

AB 2022 N 2019 / BO 2022 N 2019

zur Förderung von Schweizer Wein auf 9 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen.

Die Minderheit Munz beantragt, 9 Millionen Franken der im Voranschlag 2023 für die Qualitäts- und Absatzförderung eingestellten Mittel zugunsten der Förderung des Absatzes von Schweizer Wein einzusetzen. Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 14 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Bei den Direktzahlungen für die Landwirtschaft will die Mehrheit der Kommission im Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2023 festhalten, dass sich die Mittel für Versorgungssicherheitsbeiträge auf 1,08 Milliarden Franken belaufen. Die Minderheit Munz beantragt die Streichung dieser Ergänzung. Der Antrag Munz wurde mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Die letzte Minderheit in diesem Block betrifft das Bundesamt für Umwelt. Die Finanzkommission beantragt mit 13 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Mittel für die Position "Wildtiere, Jagd und Fischerei" für das Jahr 2023 um 4 Millionen Franken zu erhöhen. Diese zusätzlichen Mittel sind zugunsten von Sofortmassnahmen für den Herdenschutz im Sommer 2023 einzusetzen. Die Minderheit Schneider Schüttel unterstützt den Entwurf des Bundesrates.

Im Namen der Finanzkommission bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Finanzdepartement – Département des finances

605 Eidgenössische Steuerverwaltung

605 Administration fédérale des contributions

Antrag der Mehrheit

E110.0103 Verrechnungssteuer

Fr. 6 649 000 000





E110.0105 Stempelabgaben

Fr. 2 375 000 000

A230.0102 Verrechnungssteuer (Kantonsanteil)

Fr. 654 135 900

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

E110.0106 Mehrwertsteuer

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

E110.0106 Mehrwertsteuer

Fr. 25 413 500 000

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 260 419 700

Proposition de la majorité

E110.0103 Impôt anticipé

Fr. 6 649 000 000

E110.0105 Droits de timbre

Fr. 2 375 000 000

A230.0102 Impôt anticipé (part des cantons)

Fr. 654 135 900

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

Fr. 25 413 500 000

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 260 419 700

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und Artikel 2 Buchstaben m und n im Bundesbeschluss II.

Pos. 605.E110.0103, 605.E110.0105, 605.A230.0102

Angenommen – Adopté

Pos. 605.E110.0106, 605.A200.0001

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25762)

Für den Antrag der Mehrheit ... 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 82 Stimmen

(0 Enthaltungen)



4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2024–2026

4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2024–2026

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

704 Staatssekretariat für Wirtschaft

704 Secrétariat à l'Etat à l'économie

Art. 2 Bst. p

Antrag der Mehrheit

p. Staatssekretariat für Wirtschaft

A231.0208 Neue Regionalpolitik

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)

p. Staatssekretariat für Wirtschaft

A231.0208 Neue Regionalpolitik

2024: Fr. 0

2025: Fr. 0

2026: Fr. 0

Art. 2 let. p

Proposition de la majorité

p. Secrétariat d'Etat à l'économie

A231.0208 Nouvelle politique régionale

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Guggisberg, Egger Mike, Grin, Nicolet, Schilliger, Schwander, Strupler)

Let. p

p. Secrétariat d'Etat à l'économie

A231.0208 Nouvelle politique régionale

2024: Fr. 0

2025: Fr. 0

2026: Fr. 0

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25767)

Für den Antrag der Mehrheit ... 138 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(2 Enthaltungen)

AB 2022 N 2020 / BO 2022 N 2020



1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht

A236.0105 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Fr. 75 549 900

Antrag der Minderheit

(Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 75 388 600

A236.0105 Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen

Fr. 92 038 300

Antrag der Minderheit

(Grin, Badertscher, Bourgeois, Gschwind, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht

Fr. 44 328 400

Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

A231.0228 Sélection végétale et animale

A236.0105 Améliorations structurelles dans l'agriculture

Adhérer au projet du Conseil fédéral

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Fr. 75 549 900

Proposition de la minorité

(Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 75 388 600

A236.0105 Améliorations structurelles dans l'agriculture

Fr. 92 038 300

Proposition de la minorité

(Grin, Badertscher, Bourgeois, Gschwind, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0228 Sélection végétale et animale

Fr. 44 328 400



Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Pos. 708.A200.0001

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25763)

Für den Antrag der Mehrheit ... 136 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 56 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Pos. 708.A231.0228

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25764)

Für den Antrag der Minderheit ... 95 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 85 Stimmen

(11 Enthaltungen)

Pos. 708.A231.0229

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmungen gelten auch für den Bundesbeschluss Ia, Zahlungsrahmen und Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe c, für den Bundesbeschluss Ib, Artikel 2, sowie für den Bundesbeschluss II, Artikel 2 Buchstabe r.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25765)

Für den Antrag der Mehrheit ... 116 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 62 Stimmen

(14 Enthaltungen)

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25766)

Für den Antrag der Mehrheit ... 113 Stimmen

Für den Antrag des Bundesrates ... 62 Stimmen

(16 Enthaltungen)

Pos. 708.A236.0105

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Antrag der Minderheit ist zurückgezogen worden.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2023
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2023

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche

708 Bundesamt für Landwirtschaft
708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Die Mittel für Versorgungssicherheitsbeiträge belaufen sich auf 1 080 000 000 Franken.

Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Streichen

Proposition de la majorité

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Les moyens alloués aux contributions à la sécurité de l'approvisionnement se montent à 1 080 000 000 de francs.

AB 2022 N 2021 / BO 2022 N 2021

Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Biffer

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25768)

Für den Antrag der Mehrheit ... 107 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 81 Stimmen

(4 Enthaltungen)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei

Fr. 11 964 300

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gschwind, Matter Michel, Munz, Wettstein,



Wyss)
A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la majorité
A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche
Fr. 11 964 300

Proposition de la minorité
(Schneider Schüttel, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gschwind, Matter Michel, Munz, Wettstein, Wyss)
A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 22.041/25770)
Für den Antrag der Mehrheit ... 123 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 58 Stimmen
(10 Enthaltungen)

Block 6 – Bloc 6

Eigenaufwand und Schuldenbremse
Charges propres et frein à l'endettement

Nicolet Jacques (V, VD): Nous arrivons au bloc 6, dans lequel j'ai quelques minorités à défendre. Je m'empresse d'expliquer que la majorité de ces minorités sont des minorités qui vous invitent à revenir au niveau du budget 2022.

A l'Office fédéral de la culture, pour ce qui concerne les charges de fonctionnement, un montant de 81 801 700 francs est prévu au budget 2023 pour 254 EPT. Je propose de plafonner ce montant à 80 millions de francs, afin de diminuer les charges pérennes de cet office. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

A l'Office fédéral de la santé publique, un montant de 244 689 500 francs est prévu au budget 2023 pour les charges de fonctionnement pour 623 EPT. Je propose de stabiliser ces dépenses avec une réduction de 1 595 500 francs, ce qui correspond à l'augmentation prévue pour le budget 2023. Le nouveau montant serait donc de 243 094 000 francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

A l'Office fédéral de la statistique, un montant de 175 592 700 francs est prévu au budget 2023 pour les charges de fonctionnement pour 736 EPT. Je propose de stabiliser ces dépenses avec une réduction de 1 803 600 francs, qui correspond à l'augmentation en dépenses du personnel prévue au budget 2023. Le nouveau montant serait donc de 173 789 100 francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

Au Secrétariat général du DETEC, le budget 2023 prévoit un montant de 23 617 300 francs pour 97 EPT. Je propose de stabiliser ces dépenses avec une réduction de 538 400 francs, qui correspond à l'augmentation des dépenses de personnel inscrite au budget 2023. Le nouveau montant serait de 23 078 900 francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

A l'Office fédéral des transports, le budget 2023 prévoit un montant de 73 385 600 francs pour 299 EPT. Je propose de stabiliser ces dépenses avec une réduction de 504 700 francs, qui correspond à l'augmentation des dépenses de personnel inscrite au budget 2023. Le nouveau montant serait donc de 72 880 900 francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

Dernière proposition: à l'Office fédéral de l'environnement, les dépenses en personnel inscrites au budget 2023 se montent à 222 371 100 francs pour 540 EPT. Je propose de stabiliser ces dépenses avec une réduction de 2 351 000 francs, ce qui correspond à l'augmentation des dépenses de personnel prévue en 2023. Le nouveau montant serait donc de 220 019 600 francs. Cette proposition vaut également pour le plan financier 2024–2026.

Schneider Schüttel Ursula (S, FR): Mein Minderheitsantrag betrifft das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen. Dieses Bundesamt ist neu zuständig für die Zulassungsverfahren der Pflanzenschutz-



mittel. Es hat bei der Übernahme dieser Aufgabe einen Pendenzenberg von rund 300 Dossiers geerbt. Heute sind ungefähr 700 Dossiers pendent. Bei den Dossiers handelt es sich um Anfragen zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden.

Dieser Pendenzenberg bedeutet eine Arbeit von ungefähr zwei Jahren. Ich beantrage Ihnen hier eine Stellenaufstockung um zwei Vollzeitstellen. Das macht 360 000 Franken aus. Das ist ein relativ niedriger Betrag, wenn wir bedenken, welche Millionenbeträge für andere Anliegen gesprochen werden. Wenn die Zulassungsverfahren zu lange dauern bzw. wenn die Gesuche nicht behandelt werden, dann geschieht dies zum Leidwesen der produzierenden Unternehmen, die lange warten müssen, bis sie ihre Produkte verkaufen können. Es geschieht aber auch zum Leidwesen der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft möchte effiziente, aber dennoch sichere und weniger gesundheitsschädigende und weniger umweltschädigende Mittel einsetzen können. Letztlich ist es auch zugunsten der Umwelt, wenn diese Dossiers so bald wie möglich abgearbeitet werden. Ich bitte Sie deshalb, meinem Minderheitsantrag auf eine Erhöhung um zwei Vollzeitstellen mit einem Betrag von 360 000 Franken zuzustimmen.

Fischer Benjamin (V, ZH): Wir beantragen Ihnen zwei Kürzungen beim Funktionsaufwand des Staatssekretariats für Migration. Einerseits geht es um eine Plafonierung des Personalaufwands auf 170 Millionen Franken und andererseits um eine Plafonierung im Bereich der Sach- und Betriebsausgaben auf 75 Millionen Franken. Alleine die Personalausgaben steigen gegenüber dem Voranschlag 2022 um 16 Millionen Franken. Das entspricht einer Erhöhung des Stellenetats um 103 Vollzeitstellen. Davon werden 97 Vollzeitstellen auf die Ukraine-Krise zurückgeführt. Der Sach- und Betriebsaufwand steigt um rund 10 Millionen Franken.

Ich kann hier nur wiederholen, was ich bereits bei Block 1 gesagt habe: Auch in ausserordentlichen Situationen, auch in Krisen gilt das Credo einer vernünftigen und nachhaltigen Finanzpolitik, die die Zukunft im Auge behält. Seit über zwei Jahren werden massive Mehrausgaben und

AB 2022 N 2022 / BO 2022 N 2022

Erhöhungen des Stellenetats mit der Corona-Krise begründet. Nun haben wir die Strommangellage und natürlich eine Flüchtlingskrise. Damit lässt sich leicht alles begründen. Aber wir müssen akzeptieren, dass solche Herausforderungen bewältigt werden müssen, ohne dass dafür jedes Mal massive Aufstockungen getätigt werden. Es braucht mehr Bemühungen, sodass durch interne Sparmassnahmen Ressourcen beschafft werden können, um notwendige Aufstockungen zu kompensieren. Es wäre schön, wenn zu einem Zeitpunkt, in dem man nicht gerade wieder in einer Krisensituation ist – wobei man sich fragen kann, wann das jemals wieder der Fall sein wird –, auch einmal eine Kürzung des Personalbestands käme. Aber daran glaube ich nicht.

Eine Begrenzung des Wachstums beim Personal-, Sach- und Betriebsaufwand ist dringend notwendig. Ich sage es noch einmal bewusst: Es geht um eine Begrenzung des Wachstums, es ist keine Sparmassnahme. Gerade beim Personal muss das Wachstum gestoppt werden.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, unseren Minderheiten zuzustimmen.

Strupler Manuel (V, TG): Bei meinem Minderheitsantrag betreffend das Bundesamt für Bauten und Logistik kann ich es ganz kurz machen. Das Globalbudget für Investitionen besteht zu über 90 Prozent aus Investitionsausgaben für zivile Bauprojekte. Wie wir alle wissen, gilt es auch hier, den Gürtel enger zu schnallen. Die Bundesfinanzen sind nicht mehr im Lot, die Ausgaben überborden. Deshalb ist es umso wichtiger, bei allen – bei allen! – Investitionen und Ausgaben genau hinzuschauen, was möglich ist, und das Wünschenswerte vom Möglichen zu trennen.

Deshalb beantrage ich mit meiner Minderheit, das Globalbudget mit einer Querschnittkürzung um 5 Millionen Franken auf 300 Millionen Franken zu reduzieren, was läppischen 1,6 Prozent der Investitionssumme entspricht. Man kann also sicher nicht sagen, es gefährde Projekte oder es seien bei dieser Kürzung massive Qualitätseinbussen zu erwarten. Auch hier, bei den Investitionen in Bauprojekte, in unsere Projekte – ich habe es gesagt –, gilt es eben, Nötiges vom Wünschenswerten zu trennen.

Deshalb danke ich Ihnen, wenn Sie diesen Minderheitsantrag unterstützen und so auch hier ein Zeichen setzen, damit wir auch zukünftig wieder Bundesfinanzen haben, die ausgeglichen sind und die der Zukunft gerecht werden.

Schwander Pirmin (V, SZ): Meine Minderheit beantragt 24,8 Millionen Franken weniger Personalausgaben. Erstmals stellt die SVP-Fraktion hier keinen Kürzungsantrag. Meine Minderheit beantragt keine Kürzungen der Personalausgaben.

Der Antrag hat zwei Teile. Zu den 1,8 Millionen ist zu sagen: Wir wollen nicht eine Kürzung, sondern wir wollen keine Stellenaufstockung pro Departement für den Bereich Social Media. Davon ausgenommen ist das



Finanzdepartement, weil es dort schon anders geregelt ist. Es ist also möglich, dass man das anders regelt. Die Aufgaben liegen ohnehin schon auf dem Tisch. Sie verschieben sich in den Bereich Social Media. Die Funktion ist eine andere, aber die Kernaufgabe bleibt. Die Beschreibung der Aufgabe ist einfach eine andere. Wir wollen diese Aufstockungen nicht. Sie sind nicht nötig, und entsprechend können sie auch kompensiert werden. Die Leute sind bereits vorhanden. Sie haben einfach eine andere Aufgabe, die heisst jetzt Social Media und Digitalisierung. Das ist hier das Problem, deshalb können Sie meinem Minderheitsantrag beruhigt zustimmen. Es geht also nicht um eine Kürzung, sondern um eine Aufgabenverschiebung.

Auch bei den restlichen 23 Millionen gilt: Wir tasten die Stellen nicht an. Wir haben das genau begründet und genau recherchiert. Wir haben ein Prinzip, dieses Prinzip galt bis jetzt immer: Wenn in einem Bundesamt grössere Neueinrichtungen gemacht werden – das ist uns in der Finanzkommission immer wieder, über Jahre, über Jahrzehnte hinweg, gesagt worden –, dann erfolgt das kostenneutral. Kostenneutral! Plötzlich passiert das nun aber nicht mehr kostenneutral, sondern kostet 23 Millionen Franken mehr. Man macht Neueinrichtungen, und jene, die neue Aufgaben bekommen, haben mehr Lohn, und jene, denen man Aufgaben wegnimmt, haben den gleichen Lohn. Das war nie die Meinung.

Im EDA wurde eine eigentliche Übung durchgeführt. Dort wurde es so gehandhabt, dass bei generellen Neueinrichtungen diejenigen, die neue Aufgaben bekamen, einen höheren Lohn erhielten. Denjenigen, denen Aufgaben und Funktionen weggenommen wurden, wurde der Lohn entsprechend gekürzt. Das ist Kostenneutralität. Es wurde immer wieder gesagt, dass man das in der Bundesverwaltung so macht. Hier, beim Budget 2023, wird das offenbar nicht so gemacht. Wir beantragen, mit der Kürzung um 23 Millionen Franken die Neueinrichtung beim VBS kostenneutral vorzunehmen. Das ist unser Antrag.

Ich fasse zusammen: Es handelt sich nicht um eine Kürzung, sondern um das Einhalten der Prinzipien, die uns immer wieder verkauft wurden. Bisher habe ich nie gehört, dass man diese Prinzipien von der Bundesverwaltung her aufgeben möchte.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Fischer Roland (GL, LU): Wir beraten in diesem Block die Anträge auf Querschnittkürzungen beim Eigenaufwand. Die grünliberale Fraktion lehnt all diese Anträge ab. Aus unserer Sicht ist es nicht zielführend, die Ausgaben des Bundes auf diese Art und Weise zu reduzieren. Der Personalaufwand macht beim Bund, der einen ausgesprochenen Transferhaushalt hat, weniger als 10 Prozent des gesamten Aufwandes aus. Die Personalausgaben betragen im Voranschlag 2023 rund 6,4 Milliarden Franken, und sie werden bis im Jahr 2026 lediglich um 100 Millionen Franken ansteigen. Die gesamten laufenden Ausgaben betragen hingegen 76,6 Milliarden Franken, und diese steigen auf 82 Milliarden Franken. Die Investitionen steigen von 4,5 auf 6,4 Milliarden Franken.

Sie sehen also, die Personalausgaben sind nicht für die strukturellen Defizite in den Finanzplanjahren verantwortlich. Wir haben das ja schon zu Beginn diskutiert. Es sind Beschlüsse des Parlamentes, welche zu Mehrausgaben führen, vor allem auch im Transferbereich. Das Problem ist – das wurde schon einige Male erwähnt –, dass das Parlament diese Mehrausgaben beschlossen hat. Dies nun auf dem Buckel des Personals zu korrigieren, ist aus unserer Sicht weder fair noch zielführend.

Vielmehr wird es darum gehen, im ersten Quartal des kommenden Jahres einen Weg aufzuzeigen, wie wir das strukturelle Defizit in den Finanzplanjahren mit gezielten Massnahmen reduzieren können. Das heisst, Prioritäten zu setzen. Auf die neue Finanzministerin bzw. den neuen Finanzminister, aber auch auf die Finanzkommissionen und dann letztendlich auch auf Sie wartet im kommenden Jahr eine Menge Arbeit.

Nicht gerade hilfreich ist es unter diesen Voraussetzungen natürlich, dass wir wohl bereits im nächsten Jahr, aber auch in den folgenden Jahren nicht mehr mit Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank rechnen können. Dass die SVP-Fraktion mit ihrem Einzelantrag diesen Ertrag für das Jahr 2023 streichen will, ist deshalb bis zu einem gewissen Grad auch für uns Grünliberale nachvollziehbar. Wir Grünliberalen sind ja sowieso nicht begeistert von dieser Staatsfinanzierung durch die Notenpresse.

Nur: Wir dürfen unseren Voranschlag nicht an den kurzfristigen Schwankungen auf den Finanzmärkten ausrichten. Die Schuldenbremse ist im Hinblick auf solche Stürme ein sehr zartes Pflänzchen. Das kennen wir zum Beispiel auch von der Verrechnungssteuer her, welche ja auch immer sehr grosse Schwankungen hat. Dort hat man einen Mechanismus gefunden, um diese Erträge im Rahmen des Voranschlages zu glätten. Würden wir bei jeder Gewinn- oder Überschussmeldung der Nationalbank den Ausgabenplafond anpassen, würde das zu einer wenig sinnvollen Stop-and-go-Politik führen. Es wäre auch nicht im Sinne der Schuldenbremse, welche eine Verstetigung der Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg bezweckt. Glücklicherweise beinhaltet unser Haushalt regelmässig strukturelle Überschüsse in Milliardenhöhe. Solche Schwankungen können

**AB 2022 N 2023 / BO 2022 N 2023**

deshalb auch aufgefangen werden. So wird es wohl auch gehen, wenn die Gewinnausschüttung der Nationalbank im Jahr 2023 tatsächlich ausfallen würde. Die Schuldenbremse könnte so trotzdem eingehalten werden. Wir sind jedoch auch der Meinung, dass bei anhaltend negativem Stand der Ausschüttungsreserve der Nationalbank dieser Betrag nicht mehr ins Budget eingestellt werden soll. Langfristig ist deshalb die Option zu prüfen, ganz auf den Betrag zu verzichten. Hier aber, im Rahmen des Voranschlages, lehnen wir diese Forderung und damit den Einzelantrag der SVP-Fraktion ab.

Gysi Barbara (S, SG): Ich möchte Sie im Namen der SP-Fraktion bitten, sämtliche Minderheitsanträge in Block 6 abzulehnen, mit Ausnahme des Minderheitsantrages Schneider Schüttel zum Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen; diesen sollten Sie annehmen.

Ich kann eigentlich fast nahtlos an meinen Vorredner anschliessen. Schauen Sie die Personalausgaben an. Sie haben es auch von Kollege Roland Fischer gehört: Wir haben bei den Personalausgaben eigentlich eine sehr stabile Situation. Sie sind nicht für die schwierigen Zeiten verantwortlich, die uns vielleicht bevorstehen. Wir haben einen sehr stabilen Haushalt, auch einen sehr stabilen Anteil der Personalausgaben am gesamten Finanzhaushalt. Wenn wir hier neue Aufgaben beschliessen, dann braucht es dazu Personal. Darum ist in diesem Voranschlag die Finanzierung neuer Stellen notwendig. Ich möchte auch daran erinnern, dass der Bundesrat bislang nur Finanzmittel für eine Teuerung von 2 Prozent eingestellt hat. Es wird noch diese Woche, glaube ich, entschieden, was der Bundesrat jetzt da machen wird. Es gibt diesbezüglich einen Antrag, es gab auch Gespräche mit den Sozialpartnern. Wir haben also im Personalbereich keine Luft.

Nachdem ich der Begründung von Kollege Schwander zugehört habe, weshalb seine Minderheit vor allem beim Personal mehr als 23 Millionen Franken streichen will, muss ich sagen: Das Prinzip, dass es immer kostenneutral sein muss, kann nicht immer eingehalten werden. Hier müssen wir ehrlich sein, denn es ist nicht immer so, dass sehr viele Aufgaben wegfallen. Es braucht auch mehr Qualifikationen. Gerade mit der Digitalisierung fallen vielleicht Aufgaben weg, aber die Komplexität der bestehenden Aufgaben wird nicht unbedingt geringer, und es braucht andere Voraussetzungen. Es geht nicht immer kostenneutral. Wir sehen das gerade auch im Zollbereich, wo es zu einer Ausweitung des Aufgabenfeldes kommt. Deshalb ist es ganz klar falsch, diese gut 23 Millionen Franken streichen zu wollen.

Auch die übrigen Kürzungen im Personalbereich, die begründet wurden, lehnen wir alle ab. Es kann nicht sein, dass man hier Einsparungen macht. Der Bundesrat hat viele der notwendigen Stellen intern kompensiert. Wenn wir hier hingehen und weitere Stellen kürzen, bedeutet das einfach noch mehr Druck. Es werden immer wieder Stellen nicht direkt besetzt, wenn jemand weggeht. Bei jeder Kündigung oder Pensionierung wird sehr genau hingeschaut, ob die Personalstelle auch ersetzt wird. Ich weiss das auch als Präsidentin des Personalverbandes. Das Personal ist insgesamt sehr stark belastet, leistet auch eine sehr gute Arbeit, das dürfen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch immer wieder feststellen. Wir sollten hier wirklich nicht kürzen.

Zum Einzelantrag der SVP-Fraktion, die Gewinnausschüttung der Nationalbank für nächstes Jahr nicht zu budgetieren und dann diesen Fehlbetrag mit Querschnittkürzungen zu kompensieren: Das wäre ein gigantisches 600-Millionen-Sparpaket, bei dem die Landwirtschaft und die Armee ausgenommen werden sollen. Das heisst, es gäbe massiven Druck auf alle anderen Bereiche, auf Bildung, Forschung, Sozialversicherungen, Kultur – dort, wo man Kürzungen vornehmen kann. Ich denke, das heisst wirklich relativ viel.

Kollege Fischer hat es ausgeführt: Wir haben jedes Jahr strukturelle Überschüsse. Ich glaube, die Bundeskasse könnte es verkraften, sollten nächstes Jahr keine Erträge der Nationalbank fliessen. Wir werden deswegen Ende Jahr trotzdem kein Defizit haben. Aber wenn wir jetzt diesem Einzelantrag der SVP-Fraktion zustimmen, dann müssten wir vorher 600 Millionen Franken einsparen, obwohl das bis Ende Jahr gar nicht wirklich nötig wäre bzw. wir einen Überschuss haben. Das kann es nicht sein. Wenn Sie diese Erträge schon nicht budgetieren wollen, dann sollen bitte sehr alle Bereiche an den Kürzungen partizipieren und sicher nicht die Lieblingsbereiche der SVP davon ausgenommen werden.

Besten Dank, wenn Sie diesen Einzelantrag und alle Minderheitsanträge aus der SVP-Fraktion ablehnen.

Andrey Gerhard (G, FR): Pour ce sixième et dernier bloc, je vais commenter de manière synthétique les propositions de coupe transversale du budget.

Ces minorités du groupe UDC partent de l'hypothèse un peu naïve que l'administration doit pouvoir tout mettre en oeuvre de manière un peu plus stricte, un peu plus efficace, une hypothèse naïve, parce qu'elle nourrit l'idée que l'administration n'est pas déjà soumise à une forte pression et qu'elle pourrait facilement presser le citron encore un peu plus fort. Mais il se trouve que cette pression existe déjà. Les crises permanentes et



les mandats du Parlement entraînent une augmentation de la charge de travail de l'administration. Il est donc totalement irréaliste d'exiger ces réductions.

C'est pourquoi, une forte majorité de la commission et, bien sûr, le groupe des Verts rejettent ces propositions. En revanche, les Verts soutiendront la proposition de la minorité Schneider Schüttel visant à augmenter les moyens dans le domaine de l'homologation des produits phytosanitaires. Nous sommes d'avis que la montagne de ces 700 demandes ouvertes doit être liquidée. Cela fait partie d'un Etat de droit qui fonctionne. Nous plaçons cependant pour une autonomie financière à moyen terme pour ces autorisations, comme c'est déjà le cas pour les autorisations des médicaments par Swissmedic.

Dann wäre da noch der Einzelantrag der SVP-Fraktion im Zusammenhang mit der Nationalbankausschüttung, womit ein heikler Punkt auf den Tisch kommt. Es sieht tatsächlich danach aus, dass die Nationalbank kommenden Jahr keine Ausschüttung machen kann. Sie hat dafür schlicht nichts auf die Seite gelegt. Sie verbucht ihre Verluste nämlich auf den Ausschüttungsreserven, womit mit einem einzigen Jahresverlust die gesamte Reserve dahinschmelzen kann, was wir, wie dieses Jahr, schmerzlich erfahren werden.

Um genau das zu vermeiden und etwas Planungssicherheit für die Budgetierung zu schaffen, wurde ursprünglich ins Nationalbankgesetz geschrieben, dass die Nationalbank die Ausschüttungen der Gewinne, die notabene gemäss Verfassung und Gesetz Bund und Kantonen zustehen, zu verstetigen hat. Dafür vereinbarten Finanzverwaltung und Nationalbank gleichberechtigt für eine bestimmte Frist, in der Regel fünf Jahre, die Modalitäten. Weil das Wort "verstetigen" in der deutschen Sprache nicht sehr geläufig ist, lohnt sich der Blick in den französischen Gesetzestext. "Répartition constante" steht da, womit klar ist, was mit "verstetigen" gemeint ist: für eine gewisse Zeit konstante Beträge. Deshalb kann es nicht sein, dass in ein und derselben Verstetigungsperiode in einem Jahr 6 Milliarden und im darauffolgenden Jahr 0 Franken ausgeschüttet werden. Das ist nicht im Sinne des Gesetzgebers.

Deshalb wurde aus unserer Fraktion auch eine Motion eingereicht, welche diesen Umstand beheben will. Möglich wäre die Schaffung eines Kontos, auf welchem ausschliesslich künftige Ausschüttungen eingetragen und eben nicht Verluste verbucht werden dürfen. Die Nationalbank wäre in der Reservebildung, welche sie, wie wir ja jetzt sehen, ganz offensichtlich braucht, nach wie vor völlig unabhängig, und sie könnte Gewinne ausweisen, welche sie für angemessen hält. Diese Motion wurde übrigens von einer Mehrheit der Mitglieder der Finanzkommission unterschrieben. Wie auch immer, wir werden diese Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt führen müssen, wenn wir wissen, was die Nationalbank wirklich machen wird. Heute stellt sich lediglich die Frage, ob der Antrag der SVP-Fraktion zu unterstützen ist oder nicht.

Da machen es uns die Kolleginnen und Kollegen aus der SVP-Fraktion doch wahnsinnig einfach. Denn es soll einfach so bei der Bildung, den internationalen Verpflichtungen und sonst noch, Kollegin Gysi hat es vorhin erklärt, gekürzt

AB 2022 N 2024 / BO 2022 N 2024

werden. Dafür soll das Geld ohne wesentliche Wirkung für die echten Probleme unserer Zeit beim Militär gerne grenzenlos fließen.

Lassen Sie uns seriöse Finanzpolitik betreiben, und lehnen Sie, wie die grüne Fraktion, diesen Antrag ab.

Page Pierre-André (V, FR): Cher collègue Andrey, vous soutenez la proposition de la minorité Schneider Schüttel pour l'augmentation des postes à l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires afin de diminuer la pile de dossiers en retard. Ne pensez-vous pas que, plutôt que d'augmenter le nombre de postes de travail, c'est la procédure qui devrait changer? Si la procédure ne change pas, on ne pourra pas accélérer le mouvement.

Andrey Gerhard (G, FR): Cher collègue Page, nous sommes en phase de transition. Cette tâche a été reprise par un autre département. C'est vrai que le Conseil fédéral s'est exprimé de manière un peu floue par rapport à ce sujet. Pour notre groupe, la question ne se pose pas vraiment, parce qu'on veut liquider cette pile de dossiers; il s'agit de 700 dossiers. Un jour, on pourra peut-être aussi revoir le processus; je suis tout à fait d'accord. Mais pour le moment cette question ne se pose pas.

Egger Mike (V, SG): Das Budget 2023 ist aufgrund verschiedener "Buebetrickli" oder eben ausserordentlicher Verbuchungen ausgeglichen. Aber die Schuldenbremse wird aus heutiger Sicht in den Finanzplanjahren 2024 bis 2026 nicht eingehalten. Zudem haben sich die strukturellen Defizite in den Jahren 2025 und 2026 gegenüber den im Juni kommunizierten Zahlen von 1,3 auf neu 3,0 und 3,1 Milliarden Franken erhöht, weil der Gegenvorschlag zur Prämien-Entlastungs-Initiative neu in den Finanzplan integriert wurde.

Die Situation ist hausgemacht. Die vom Parlament laufend beschlossenen Ausbauvorhaben überfordern die



finanzielle Kapazität des Bundes. Wollen wir das Ruder herumreissen, heisst die Lösung: Disziplin, Disziplin und nochmals Disziplin. Eine Lösung können nur die Rückkehr zur finanzpolitischen Disziplin und eine Priorisierung der Aufgaben bringen. Der Bund soll endlich mehr nach dem unternehmerischen Grundsatz handeln, dass man nur so viel ausgeben kann, wie man einnimmt.

Aus diesem Grund unterbreiten wir von der SVP-Fraktion zahlreiche Anträge, welche im Bereich des Globalbudgets Kürzungen von insgesamt 35,6 Millionen Franken vorsehen. Bei voraussichtlichen Ausgaben von 82,2 Milliarden Franken machen diese Kürzungen gerade einmal 0,043 Prozent aus.

Dass die Personalausgaben beim Bund steigen, ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche. Jedes Jahr sind wir im Parlament mit steigenden Kosten konfrontiert. Das personelle Wachstum ist bei Bund, Gemeinden und Kantonen grösser als in der Schweizer Privatwirtschaft. Das Wachstum hat sich seit 2008 auf allen Staatsebenen beschleunigt, besonders jedoch beim Bund. Dort steigen die Ausgaben mit jährlich rund 2,8 Prozent schneller als in den Kantonen, wo es 2,4 Prozent sind, oder in den Gemeinden, wo es 1,6 Prozent sind.

Beim Bund sind auch im kommenden Jahr Aufstockungen von mehreren hundert Stellen geplant, unter anderem wegen der Migration, der Pandemie und der Digitalisierung. Aktuell beläuft sich der Personalbestand des Bundes auf 37 972 Vollzeitstellenäquivalente. Gegenüber der Rechnung 2021 steigen die Ausgaben um 356 Millionen auf 6,37 Milliarden Franken.

Die Schweiz ist bezüglich Bürokratie nicht mehr Musterschülerin, sondern nur noch europäisches Mittelmass. Das belegt eine Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik, das an der Universität Luzern angesiedelt ist.

Auch mit den Klagen bezüglich der Bundeslöhne muss endlich Schluss sein. Fakt ist nämlich: Bundesangestellte hatten im Jahr 2019 im Durchschnitt rund 117 000 Franken Bruttolohn. In der Privatwirtschaft sprechen wir im Durchschnitt von 88 900 Franken. Mit einer Differenz von 28 100 Franken im Lohnbereich sollte es möglich sein, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden. Ansonsten muss man ernsthaft über die Ausschreibungspraxis oder über die Aufgaben sprechen. Um motiviertes Personal zu haben, braucht es auch sinnvolle Arbeiten. Vielleicht muss man einmal überprüfen, welche Handlungsfelder wirklich zwingend beim Bund zu bearbeiten sind und welche eben nur "nice to have" sind.

Aus diesen Gründen ersuchen wir Sie, die Minderheit Schwander, die eine Anpassung um 24,8 Millionen Franken auf neu 6,34 Milliarden Franken vorsieht, zu unterstützen. Ich hoffe, die breite bürgerliche Allianz zeigt der wachsenden Bundesverwaltung endlich einmal die rote Karte.

Ich bitte Sie, in diesem Block sämtliche Anträge aus der SVP-Fraktion – die Minderheitsanträge Schwander, Fischer Benjamin und Nicolet – zu unterstützen. Beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen ist der Mehrheit zu folgen.

Schilliger Peter (RL, LU): Das meiste wurde gesagt, und das meiste wurde begründet. Ich halte mich deshalb sehr kurz. Die FDP-Fraktion wird in diesem Themenblock überall der Mehrheit folgen und auch den Einzelantrag der SVP-Fraktion ablehnen. Zwei ergänzende Bemerkungen:

1. Für das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen wurde eine Stellenaufstockung beantragt. Wir haben das Bundesamt diesbezüglich gut bewertet. Wir haben auch diverse Gespräche über die Stellenaufstockung geführt. Man konnte zur Kenntnis nehmen, dass eine Neuorganisation erfolgte, dass auch gewisse Personalverschiebungen vorgenommen wurden und dass damit die Zukunft mit einer sehr guten Perspektive angegangen werden kann. Heute bereits weitere drei Stellen zu bewilligen, finden wir nicht sinnvoll. Wir geben der neuen Struktur eine Chance. Wenn die Analyse in ein, zwei Jahren anders ausfällt, wird man vielleicht später eine Korrektur anbringen müssen. Zum heutigen Zeitpunkt und auch in Anbetracht der fehlenden personellen Ressourcen auf dem Markt müssen wir diesen Antrag aber ablehnen.

2. Zu den Kürzungs- und Streichungsanträgen der SVP-Fraktion: Für Teile davon haben wir absolut auch Sympathie. Ich denke unter anderem an den Ausbau von Stellen im Bereich soziale Medien. Dass das ganze Kommunikations- und Kampagnenengagement des Bundes sich gewaltig vergrössert hat, ist eine Tatsache. Schuld daran sind gewisse Krisen. Corona gehört dazu. Auch die Energiekrise ist ein Teil davon; ich habe bereits darüber gesprochen. Irgendwann müssen wir wieder auf die Vor-Corona-Höhe zurückkommen. Ich glaube auch, dass sich angesichts der bestehenden Ressourcen im Personalbereich gewisse Stellen kompensieren lassen. Der Bundesrat wird die grosse Aufgabe haben, den Finanzplan der Jahre 2024 und fortfolgende schuldenbremsenkonform zu gestalten. Er wird sich in allen Bereichen gewisse Kürzungen zur Brust nehmen müssen. Das sage ich auch den lieben Kolleginnen und Kollegen aus der SVP. Zu den Betroffenen wird auch die Landwirtschaft gehören, wo wir heute auch wieder Ausbauten und zusätzliche Budgetmittel gesprochen haben. Zu den Betroffenen werden aber auch die Armee und alle anderen Bereiche gehören.

Wenn man heute in einem Budget, das grundsätzlich mit der Schuldenbremse konform ist, Einzelkürzungen



vornimmt, dann ist dies gewissermassen ein Schuss aus der Hüfte. Das Vorgehen ist natürlich zum Teil sympathisch, wird aber vermutlich nicht zielführend sein. Wir brauchen eine zukunftsfähige Bundesverwaltung, die die Aufgaben, die sie erhält, erfüllen kann. Da müssen wir uns als Parlamentarier auch ab und zu wieder zurücknehmen, damit diese Aufgaben einen Umfang haben, der zu bewältigt ist, und eine zukunftsfähige Budgetplanung zulassen.

In diesem Sinn bitte ich Sie, bei diesem Block überall der Kommissionsmehrheit zu folgen. Ich danke für die Unterstützung.

Gmür Alois (M-E, SZ): Bei den sechs Minderheitsanträgen Nicolet geht es vor allem um die Anzahl Stellen im Bundesamt für Kultur, im Bundesamt für Gesundheit, im Bundesamt für Statistik, im Bundesamt für Verkehr, im Bundesamt für Umwelt und im Generalsekretariat des UVEK. Die Mitte-Fraktion ist der Ansicht, dass diese Stellen nötig sind und dass in diesem Bereich keine Kürzungen vorgenommen werden sollen. Gemäss Aussagen von Bundesrat Ueli Maurer

AB 2022 N 2025 / BO 2022 N 2025

hinterfragt der Bundesrat die Notwendigkeit jeder einzelnen zusätzlichen Stelle. Die Mitte-Fraktion glaubt seinen Ausführungen. Nicht zuletzt wegen den zusätzlichen Aufgaben, die das Parlament immer wieder beschliesst, braucht es auch zusätzliches Personal. Deshalb lehnen wir alle Minderheitsanträge Nicolet ab.

Auch einer Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen gemäss der Minderheit Schneider Schüttel stimmen wir nicht zu.

Die Minderheit Fischer Benjamin will beim Staatssekretariat für Migration ebenfalls beim Personal und beim Sach- und Betriebsaufwand kürzen. Die Mehrbelastung durch eine zunehmende Anzahl von Flüchtlingen ist aber klar ausgewiesen. Es ist im Interesse von uns allen, dass die Asylgesuche möglichst schnell behandelt werden können. Hier das nötige Personal nicht zur Verfügung zu stellen, würde unter dem Strich höhere Kosten verursachen. Das will die Mitte-Fraktion nicht, und sie lehnt deshalb den Minderheitsantrag Fischer Benjamin ab.

Die Minderheit Strupler möchte das Budget bei den Investitionen im Bundesamt für Bauten und Logistik um 5 Millionen Franken respektive 1,6 Prozent kürzen. Die Mitte-Fraktion lehnt auch diese Kürzung ab, weil wir keine Verzögerung von Bauprojekten wollen. Auch beim Gebäudeunterhalt, so unsere Meinung, darf nicht gespart werden. Hier zu sparen, ist falsch und führt schlussendlich zu höheren Kosten. Deshalb lehnen wir den Minderheitsantrag Strupler ab.

Die Minderheit Schwander will bei den Personalausgaben keine Aufstockung und will das Budget um 24,8 Millionen Franken kürzen. Die Minderheit Schwander beantragt, bei den Stellen für die Umsetzung der Strategie Social Media/Digitalisierung 1,8 Millionen weniger zu sprechen. Weitere 23 Millionen möchte sie bei der Neueinrichtung von gewissen Funktionen sparen; zudem möchte sie die Durchschnittslöhne weniger erhöhen. Die Mitte-Fraktion findet es wichtig, dass vermehrt auch über die digitalen Medien kommuniziert wird und dass Abstimmungsvorlagen dementsprechend in Wort und Bild oder auch mit Erklärvideos erläutert werden. Traditionelle Medienkanäle, wie z. B. Zeitungen, werden von jungen Menschen immer weniger genutzt. Bei den neuen Informationskanälen besteht ein Nachholbedarf. Über Instagram oder andere digitale Kanäle können diese Leute eher erreicht und somit auch informiert werden. Es ist im Interesse unserer Demokratie, dass die Leute vom Staat seriös informiert werden und wissen, wie unsere Demokratie funktioniert und worüber abgestimmt wird. Die Mitte will hier nicht bremsen, sondern auf die neuen Herausforderungen bei der Information der Bevölkerung reagieren und die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Querschnittkürzung beim Personal von 23 Millionen Franken unterstützt die Mitte ebenfalls nicht. Bei einer Neueinteilung bezüglich der Lohnstufe übernehmen Leute vielfach zusätzliche Aufgaben und Verantwortung; so ist es z. B. bei den Berufsunteroffizieren im VBS vorgesehen. Die Mitte erachtet es als vorteilhaft, zusätzliche Aufgaben auf bestehende Stellen zu verteilen und diese schlussendlich besser zu entschädigen, statt neue Stellen zu schaffen. Neue Stellen kosten unter dem Strich mehr. Ich bitte Sie deshalb, die Querschnittkürzung beim Personal ebenfalls abzulehnen.

Den Einzelantrag der SVP-Fraktion, die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank nicht zu budgetieren, unterstützen wir nicht. Die Mitte ist der Ansicht, dass die Situation im Finanzmarkt sehr volatil ist. Wir sind der Ansicht, dass wir nicht mit dem schlimmsten Szenario rechnen sollten. Sollte wirklich keine Ausschüttung budgetiert werden, so müsste eine Querschnittkürzung in allen Bereichen, auch bei der Landwirtschaft und bei der Armee, gemacht werden.

Deshalb bitte ich Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.



Maurer Ueli, Bundesrat: Bei diesen Anträgen im letzten Block geht es ja oft um Personalfragen. Gestatten Sie, dass ich vielleicht dazu noch einige generelle Bemerkungen mache.

Vorab: Wir haben Mitte des Jahres eine Teuerungszulage von 2 Prozent vorgesehen. Das finden Sie bei allen diesen Personalpositionen. Sie wissen genauso wie wir, dass die Teuerung im Moment auf 3 Prozent verharret. Der Bundesrat wird sich also über diesen Teuerungsausgleich in den nächsten Sitzungen noch einmal unterhalten, und er wird wohl noch eine gewisse Angleichung an die Privatwirtschaft vornehmen müssen. Das könnte dann heissen, dass wir Ihnen mit den Nachtragskrediten hier noch einmal einen Antrag stellen, um diese Teuerung mindestens teilweise auszugleichen. Das vorab zu dieser Teuerungsfrage.

Wenn Sie jetzt all diese Rechnungen machen und uns das Resultat vorhalten, dann möchte ich Sie doch auch bitten, zu berücksichtigen, dass es eine Summe ist, die ausgewiesen wird. Es gibt auch sehr viele Stellen, die aufgehoben und abgeschafft werden. Allein in meinem Departement sind es beispielsweise mehr als 100 Stellen, die wir auf nächstes Jahr streichen. Im VBS sind es etwa 80 Stellen, die gestrichen werden. Es gibt auch zahlreiche Verschiebungen in allen Departementen. Es ist also nicht so, dass wir einfach immer nur Personal aufstocken. Wenn wir aber aufstocken, so möchte ich Ihnen doch auch etwas in Erinnerung rufen: Meine Leute haben zusammengezählt, was in den ersten drei Sessionen dieses Jahres aufgrund der von Ihnen angenommenen Postulate und Vorstösse in etwa an zusätzlichem Personalaufwand generiert wurde. Es sind bis zu 300 Stellen, die Sie dieses Jahr wieder geschaffen haben – Sie, nicht wir! Und wenn Sie uns dann diese Vorwürfe machen, möchte ich sagen: Seien Sie doch etwas zurückhaltender beim Beschliessen von neuen Aufträgen. Es ist längst nicht alles notwendig, was wir jetzt machen müssen. Da bin ich also durchaus mit Ihnen einig. Aber ich gebe den Ball gerne etwas zurück. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Aber auch Folgendes muss erwähnt werden: Die Personalausgaben betragen seit Jahrzehnten etwas über 8 Prozent der gesamten Bundesaussgaben. Sie wachsen also nicht schneller als die übrigen Ausgaben. Sie haben zudem angemerkt, dass die Ausgaben beim Bund schneller steigen würden als in den Kantonen, wozu ich Ihnen schon sagen kann, weshalb das so ist: Der Bund hat die Beiträge an die AHV zu leisten, wobei diese Kosten doppelt so schnell steigen wie die Teuerung; das Gleiche gilt für die Prämienverbilligung, das sind prozentuale Beiträge. Bei genauer Betrachtung stellen Sie fest, dass diese gebundenen Beiträge, die der Bund insbesondere im Sozialversicherungsbereich zu leisten hat, schneller steigen als die Teuerung. Es ist also nicht so, dass der Bund hier weniger vorsichtig wäre als die Kantone. Ich würde sogar eher sagen, dass das Gegenteil richtig ist, haben wir doch eine Schuldenbremse, die uns zu diesen Massnahmen zwingt. Einige der Vorwürfe sind also doch zu relativieren.

Damit komme ich jetzt zu den konkreten Anträgen. Die Minderheit Nicolet beantragt, beim Bundesamt für Kultur 1,8 Millionen Franken zu streichen, was auch für die Finanzplanjahre gelten soll. Beim Bundesamt für Kultur sind 47 Prozent des Aufwands Personalkosten, 24 Prozent sind Miet- und Nebenkosten, 7 Prozent fallen für Betrieb und Wartung von IT-Systemen an. Wenn Sie hier kürzen, kann einfach ein Teil dieser Aufgaben nicht erfüllt werden. Ich bin überzeugt, dass Sie dann Vorstösse schreiben werden, um uns mitzuteilen, in welchen Bereichen und in welchen Museen was noch gemacht werden müsste. Wir haben ja diese Positionen auch immer wieder überprüft und sind dabei zur Erkenntnis gelangt, dass wir mit dem Personalbestand die Aufträge erfüllen können. Wenn aber Kürzungen erfolgen, müssen Abstriche gemacht werden. Ich bitte Sie also, diesen Minderheitsantrag nicht zu unterstützen.

Dann haben wir den Minderheitsantrag Nicolet beim Bundesamt für Gesundheit. Dabei geht es ebenfalls um Personalstellen. Hier möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass 40 Fachstellen geschaffen wurden, die bis Ende 2023 befristet sind und dann wegfallen werden. Das betrifft sozusagen die Aufräumarbeiten im Bundesamt für Gesundheit im Anschluss an die Covid-19-Krise. Dann gibt es 8 Stellen für die Weiterentwicklung der Krankenversicherung und 10 Stellen für die digitale Transformation. Sie haben ja einige Vorstösse angenommen, die von uns verlangen, im Bundesamt für Gesundheit endlich die Digitalisierung einzuführen. Aber, wie

AB 2022 N 2026 / BO 2022 N 2026

gesagt, 40 Stellen sind befristet bis Ende des nächsten Jahres. Folglich sind wir der Ansicht, dass der Minderheitsantrag Nicolet ebenfalls nicht notwendig ist. Denn die Zahl der Stellen wird in den Finanzplanjahren wesentlich stärker sinken, als das Herr Nicolet eigentlich möchte. Ich bitte Sie deshalb, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann komme ich zum Bundesamt für Statistik. Auch dort liegt ein Minderheitsantrag Nicolet auf Kürzung im Personalbereich vor. Das Bundesamt für Statistik ist im Grunde unsere Datenquelle. Wir haben zahlreiche Aufträge, Daten zur Verfügung zu stellen und durchgängig zu machen. Das passiert aber nicht über Nacht irgendwo unter dem Kopfkissen, sondern das ist Arbeit, die erledigt werden muss. Wenn wir Ihre Aufträge



auch hier umsetzen sollen, sind diese Stellen notwendig. Ich bitte Sie deshalb, auch diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Dann komme ich zum Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV). Ich erläutere Ihnen das etwas näher, weil wir in der Regel immer gleich vorgehen, wenn Aufträge zur Schaffung neuer Stellen erteilt werden. Beim Minderheitsantrag Schneider Schüttel geht es darum, die Anzahl Stellen zu erhöhen. Das lehnen wir ab. Um das zu erläutern: Mit dem Voranschlag 2022 wurden in diesem Bereich im Zusammenhang mit der Zulassungsstelle für Pflanzenschutzmittel acht Stellen vom Bundesamt für Landwirtschaft ins BLV verschoben. Um den Auftrag zu erfüllen, hat man also acht Stellen verschoben. Zur Stärkung des BAFU wurden zudem 2,6 Stellen von Agroscope transferiert. Sie sehen also: Wenn eine neue Aufgabe anfällt, schauen wir zuerst, von wo wir zur Erfüllung des Auftrages allenfalls Leute zur Verfügung stellen können. Die besagten Stellen werden in der Folge transferiert, was dann auch entsprechend kompensiert werden muss.

Es ist daher nicht notwendig, dass Sie die Stellen beim BLV noch einmal aufstocken. Wir haben das bereits mittels interner Verschiebungen gemacht und können den Auftrag wie gefordert und geplant erfüllen. Ich bitte Sie deshalb, diesen Minderheitsantrag auf Aufstockung abzulehnen.

Dann kommen wir zum Staatssekretariat für Migration. Hier haben wir bereits im Frühjahr mit 60 neuen Fachspezialisten reagiert. Ich habe schon beim Eintreten oder an anderer Stelle gesagt, dass wir für dieses Jahr im Asylbereich, ausserhalb des Status S für Flüchtlinge aus der Ukraine, wahrscheinlich einen neuen Rekord an Asylgesuchen haben. Je rascher wir diese Asylgesuche behandeln, desto tiefer sind die Kosten. Sie sparen also am falschen Ort, wenn Sie uns daran hindern, diese Gesuche rasch zu behandeln. Denn die Leute bleiben dann einfach länger. Die Situation hat sich insbesondere in den letzten Wochen massiv verschärft, indem wesentlich mehr Asylgesuche gestellt wurden. Diese Stellen sind zur raschen Bewältigung der Asylgesuche also notwendig. Eine rasche Bewältigung führt in der Regel auch dazu, dass in der Schweiz weniger Gesuche gestellt werden, weil die Leute wissen, dass sie hier dann schnell das "Njet" erhalten. Also bitte ich Sie, diese Kürzung nicht vorzunehmen.

Beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz wollen Sie einen neuen Messwert. Das ist ein einstimmiger Beschluss der Kommission. Wir werden wohl versuchen, das so umzusetzen.

Beim Bundesamt für Bauten und Logistik gibt es einen Minderheitsantrag Strupler auf Kürzung um 5 Millionen Franken. Grundsätzlich kann man das schon machen, aber ich muss Ihnen einfach sagen: Wir haben alle diese Kredite ja für länger verplant; wir vergeben Aufträge, die dann ausgeführt werden. Wenn die Mittel nicht zur Verfügung stehen, dann führt das zwar nicht gerade zu einer Baustelleneinstellung, aber zu einer Verlangsamung, und dringende Reparaturarbeiten können dann nicht gemacht werden. Hier betrifft es eigentlich Investitionen. Wenn Sie schon sparen, dann bitte eher bei den Ausgaben, aber nicht bei den Investitionen. Ich bitte Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Zum Generalsekretariat des UVEK: Auch hier möchte Herr Nicolet im Personalbereich Streichungen vornehmen. Vorgesehen sind neue Stellen, da wir bisher eingekaufte Leistungen durch eigenes Personal erbringen möchten. Es kommt also zu einer Verschiebung. Sie können das ja dann auch feststellen: Beim zugemieteten Personal wird es zu einem Rückgang kommen. Dafür werden die Personalkosten steigen. Das ist in aller Regel günstiger, als Beratungsfirmen beizuziehen.

Beim Bundesamt für Verkehr liegt auch ein Kürzungsantrag Nicolet vor. Für den Ausbauschritt 2035 sind drei Stellen zu schaffen, damit der Schritt gemacht werden kann. Der Stellenbedarf ist ausgewiesen, und er belastet die Rechnung nicht, sondern wird über den Bahninfrastrukturfonds finanziert.

Zum Globalbudget des Bundesamtes für Umwelt: Auch hier liegt ein Kürzungsantrag Nicolet vor. Stellen werden internalisiert. Sie werden entsprechend finanziert. Es sind insgesamt nur drei Stellen, die die Bundesrechnung belasten. Der Rest ist intern finanziert. Also ist auch dieser Minderheitsantrag aus unserer Sicht abzulehnen.

Weiter gibt es den Minderheitsantrag Schwander. Einerseits möchte er im Bereich Social Media Streichungen vornehmen. Darüber haben Sie letztes Jahr schon gestritten. Sie haben dann den Kredit bewilligt. Wenn Sie darauf zurückkommen und den Minderheitsantrag Schwander annehmen, müssten diese Stellen zurückgebaut werden. Wir sind der Meinung, dass die Strategie so weiterverfolgt werden soll. Andererseits gibt es die Querschnittkürzungen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass schon beim letzten Budget eine Querschnittkürzung erfolgte, die wir umgesetzt haben. Herr Schwander begründet den Antrag mit der immer höheren Einstufung der Angestellten. Die Einstufung erfolgt aufgrund der Pflichtenhefte für die Stellen. Herr Schwander hat wahrscheinlich durchaus ein bisschen recht, dass er da den Finger drauflegt. Denn wir suchen tendenziell Leute, die sehr gut qualifiziert sind. Wir brauchen diese auch, aber wir brauchen natürlich auch die anderen. In diesem Bereich bitte ich Sie, auf diese Querschnittkürzung zu verzichten.

Wir kommen noch zum Antrag der SVP-Fraktion, die Ausschüttung der Nationalbank nicht zu budgetieren.



Herr Egger hat von einem "Buebetrickli" gesprochen. Das ist es selbstverständlich nicht. Wir haben unser Finanzhaushaltsgesetz, und wir haben im Budget Beträge, die beschlossen sind. Wir können den Betrag der Nationalbank eigentlich erst streichen, wenn der Rechtsakt erfolgt, das heisst dann, wenn uns die Nationalbank mitteilt, dass sie diese Mittel nicht hat. Wir haben damit noch dreissig Tage guter Hoffnung, dass es trotzdem noch klappt. Es ist kein "Buebetrickli". Vielmehr halten wir uns an die bestehenden Gesetze. Es ist ein kühner Antrag, den die SVP hier einreicht. Denn wenn er angenommen würde, hiesse das, dass wir in den nächsten zwei, drei Tagen noch 700 Millionen einsparen müssten, um die Schuldenbremse einzuhalten. Ich bitte Sie, auch diesen Antrag abzulehnen.

Page Pierre-André (V, FR): Monsieur le conseiller fédéral, pour l'Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires, Mme Schneider Schüttel propose deux postes supplémentaires pour tenter d'accélérer le traitement des dossiers en retard. Pensez-vous qu'ils seront utiles? Ne devrait-on pas plutôt accélérer la procédure?

Maurer Ueli, Bundesrat: Aus unserer Sicht braucht es diese zwei Stellen nicht, wir haben diese Verschiebungen bereits intern vorgenommen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass man auch die Verfahren etwas beschleunigen könnte. Wahrscheinlich haben wir hier das optimale Tempo noch nicht gefunden.

Wettstein Felix (G, SO): Der gleichen Position gilt auch meine Frage, Herr Bundesrat Maurer: Wir haben gehört, dass eine Verschiebung vom Bundesamt für Landwirtschaft zum Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen stattgefunden hat. Können Sie mir bestätigen, dass der Stellenetat mit dieser Verschiebung bisher nicht verändert wurde? Sind also die gleichen acht Stellen, die vorher im BLW waren, nun im BLV?

Maurer Ueli, Bundesrat: Ja, wir planen aber im Budget 2023 zusätzlich zwei Stellen im Bundesamt für Umwelt und 1,2

AB 2022 N 2027 / BO 2022 N 2027

Stellen im SECO. Das ist das, was ich hier an Informationen habe. Es ist nicht mein Departement, ich kenne die Details nicht. Aufgrund der Angaben, die ich hier habe, gehe ich aber davon aus, dass bereits mehr Stellen geschaffen und nicht nur Verschiebungen vorgenommen wurden.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Im letzten Block geht es um den Eigenaufwand und um die Schuldenbremse. Ich werde die Position der Finanzkommission zu den ersten fünf Minderheitsanträgen und einen Antrag der Kommission erläutern.

Beim Bundesamt für Kultur beantragt die Minderheit Nicolet eine Kürzung der Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)", und zwar eine Plafonierung auf 80 Millionen Franken pro Jahr, sowohl im Budget 2023 als auch im Finanzplan 2024–2026. Die Finanzkommission hat den Antrag Nicolet mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt. Beim Bundesamt für Gesundheit beantragt die Minderheit Nicolet eine Kürzung der Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)". Die Minderheit beantragt eine Kürzung des Kredits im Personalbereich um 1,595 Millionen Franken im Budget 2023 und im Finanzplan 2024–2026. Die Finanzkommission hat den Antrag Nicolet mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beim Bundesamt für Statistik beantragt die Minderheit Nicolet eine Kürzung der Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)". Die Minderheit will eine jährliche Kürzung des Kredits im Personalbereich um 1,8 Millionen Franken, sowohl im Voranschlag 2023 als auch im Finanzplan 2024–2026. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission ebenfalls mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Beim Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen beantragt die Minderheit Schneider Schüttel eine Erhöhung des Betrages bei der Position "Funktionsaufwand (Globalbudget)" um 360 000 Franken, und zwar sowohl im Voranschlag 2023 als auch im Finanzplan 2024–2026. Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Schaffung von zwei Stellen im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln einzusetzen. Der Antrag wurde in der Finanzkommission mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt.

Beim Staatssekretariat für Migration verlangt die Minderheit Fischer Benjamin eine Kürzung des Funktionsaufwands, und zwar im Personalbereich um 9,3 Millionen Franken sowie im Bereich der Sach- und Betriebsausgaben um 12,7 Millionen Franken. Dieser Antrag wurde in der Finanzkommission mit 18 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Ich komme nun zum Antrag der Kommission zum Ziel der Leistungsgruppe 1 im Bundesamt für Bevölkerungsschutz, welches lautet: "Die Ausbildungsleistungen des nationalen Kompetenzzentrums für Katastrophen und



Notlagen werden in guter Qualität und wirtschaftlich erbracht." Die Kommission beantragt, den Soll-Wert zur Kundenzufriedenheit zu erhöhen, und zwar im Voranschlag 2023 von 80 auf 85 und für die Jahre 2024 bis 2026 von 80 auf 90 Prozent. Der Antrag wurde in der Finanzkommission mit 13 zu 12 Stimmen angenommen. Im Namen der Finanzkommission bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

Kollege Grin wird über die weiteren Anträge in Block 6 berichten.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Pour continuer dans ce bloc 6, nous avons à traiter une proposition du groupe UDC qui demande de supprimer le montant de 666,7 millions de francs concernant la BNS prévu à la position 601.E120.0101, "Distribution du bénéfice de la BNS". Comme les résultats de la BNS sont très mauvais, d'après les dernières informations, il serait possible qu'il n'y ait de versement ni à la Confédération ni aux cantons en 2023. D'où cette demande de supprimer ce montant et de faire une coupe transversale, avec la diminution de ce montant, dans les dépenses non liées de l'ensemble des départements et domaines, à l'exception de l'agriculture et de l'armée. Cette proposition n'a pas été discutée en Commission des finances. C'est pourquoi je n'ai pas de commentaires à vous faire au nom de la commission.

Pour continuer, j'en viens à la minorité Strupler à propos de l'Office fédéral des constructions et de la logistique, à la position 620.A201.0001, "Investissements (enveloppe budgétaire)". Elle vous demande de diminuer de 5,047 millions de francs le montant prévu pour 2023 et de soustraire également ce même montant en 2024, 2025 et 2026, c'est-à-dire de laisser une enveloppe globale de 300 millions de francs pour chaque année. La Commission des finances vous demande de rejeter cette proposition par 18 voix contre 7.

J'en viens à la minorité Nicolet à la position 801.A200.0001, "Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)", concernant le secrétariat général du DETEC. Cette proposition vise à diminuer de 538 400 francs le montant prévu à cette position, c'est-à-dire de revenir au budget 2022. Cette proposition a également été rejetée par la Commission des finances par 18 voix contre 7.

Une autre minorité propose de diminuer les charges de fonctionnement de l'Office fédéral des transports de 504 700 francs, afin de revenir au montant inscrit au budget 2022. La Commission des finances vous propose, par 18 voix contre 7, de rejeter cette proposition.

La dernière minorité de notre collègue Nicolet concerne l'Office fédéral de l'environnement. Elle propose de diminuer les charges de fonctionnement de 2 351 500 francs, afin de revenir au montant inscrit au budget 2022. Cette proposition a également été rejetée par la Commission des finances par 18 voix contre 7.

La dernière minorité, de notre collègue Schwander, concerne les dépenses de personnel. Cette minorité vous propose une réduction transversale des dépenses liées au personnel de la Confédération à hauteur de 24,8 millions de francs. Une part de cette réduction devrait être réalisée en supprimant les postes pour la stratégie en matière de médias sociaux et de numérisation. Cette proposition a été rejetée par la Commission des finances par 18 voix contre 7.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Ich darf Ihnen eine wichtige Mitteilung machen – vielen Dank an unseren Kollegen Mauro Tuena für den Hinweis. Herr Bundesrat Ueli Maurer feiert heute seinen Geburtstag. Cordiala gratulaziun, signur cusseglier federal, per l'anniversari! (*Beifall*) Schön, verbringen Sie den ganzen Tag mit uns, Herr Bundesrat! (*Heiterkeit*)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Departement des Innern – Département de l'intérieur

306 Bundesamt für Kultur
306 Office fédéral de la culture

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 80 000 000

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 80 000 000

AB 2022 N 2028 / BO 2022 N 2028

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 Buchstabe g im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25771)

Für den Antrag der Mehrheit ... 135 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

(0 Enthaltungen)

316 Bundesamt für Gesundheit

316 Office fédéral de la santé publique

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 243 094 000

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 243 094 000

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und Artikel 2 Buchstabe h im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25772)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen

(0 Enthaltungen)



317 Bundesamt für Statistik
317 Office fédéral de la statistique

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Fr. 173 789 100

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Fr. 173 789 100

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und Artikel 2 Buchstabe i im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25773)
Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 50 Stimmen
(0 Enthaltungen)

341 Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
341 Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Fr. 71 309 800

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Fr. 71 309 800

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und Artikel 2 Buchstabe j im Bundesbeschluss II.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25774)

Für den Antrag der Mehrheit ... 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 93 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Mit Stichentscheid des Präsidenten

wird der Antrag der Mehrheit angenommen

Avec la voix prépondérante du président

la proposition de la majorité est adoptée

Justiz- und Polizeidepartement

Département de justice et police

420 Staatssekretariat für Migration

420 Secrétariat d'Etat aux migrations

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 296 919 700

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Antrag der Minderheit

(Fischer Benjamin, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 274 919 700

AB 2022 N 2029 / BO 2022 N 2029

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 296 919 700

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Proposition de la minorité

(Fischer Benjamin, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 274 919 700

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25775)

Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(0 Enthaltungen)



3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2023
3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2023

Anhang 1 – Annexe 1

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département de la défense, de la protection de la population et des sports

506 Bundesamt für Bevölkerungsschutz
506 Office fédéral de la protection de la population

Antrag der Kommission
LG 1: Bevölkerungsschutz
– Veränderter Sollwert: VA 2023: 85

Proposition de la commission
GP 1: Protection de la population
– Valeur-cible modifiée: B 2023: 85

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Beschluss gilt auch für Artikel 2 Buchstabe k im Bundesbeschluss II.

Angenommen – Adopté

2. Bundesbeschluss Ia über den Voranschlag für das Jahr 2023
2. Arrêté fédéral Ia concernant le budget pour l'année 2023

Finanzdepartement – Département des finances

601 Eidgenössische Finanzverwaltung
601 Administration fédérale des finances

Antrag der SVP-Fraktion
E120.0101 Gewinnausschüttung SNB
Fr. 0

Ordentliche Ausgaben
Fr. 79 791 348 500

Schriftliche Begründung

Streichung der SNB-Gewinnausschüttung aus dem Voranschlag 2023

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat für die Periode von Januar bis September 2022 einen Verlust von 142,4 Milliarden Franken ausgewiesen. Zahlreiche Kantone haben entsprechend ihre Voranschläge angepasst und die SNB-Gewinnausschüttung aus ihren Budgets gestrichen. Es ist unredlich, wenn der Bundesrat im Voranschlag 2023 davon ausgeht, als sei im Jahr 2023 eine SNB-Gewinnausschüttung über 666,7 Millionen Franken zu erwarten. Bei einem kumulierten Verlust der Schweizerischen Nationalbank über 142,4 Milliarden Franken per 30. September 2022 ist eine SNB-Gewinnausschüttung im Jahr 2023 faktisch ausgeschlossen. Entsprechend beantragt die SVP-Fraktion, die SNB-Gewinnausschüttung aus dem Voranschlag 2023 zu streichen.

Proposition du groupe UDC
E120.0101 Distribution du bénéfice de la BNS
Fr. 0
Dépenses ordinaires
Fr. 79 791 348 500

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25769)

Für den Antrag der SVP-Fraktion ... 51 Stimmen

Dagegen ... 139 Stimmen

(1 Enthaltung)

1. Voranschlag der Verwaltungseinheiten

1. Budget des unités administratives

Finanzdepartement – Département des finances

620 Bundesamt für Bauten und Logistik

620 Office fédéral des constructions et de la logistique

Antrag der Mehrheit

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Fr. 300 000 000

Proposition de la majorité

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Fr. 300 000 000

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und für Artikel 2 Buchstabe o im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25776)

Für den Antrag der Mehrheit ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

801 Generalsekretariat UVEK

801 Secrétariat général du DETEC

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2022 N 2030 / BO 2022 N 2030



Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 23 078 900

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 23 078 900

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und für Artikel 2 Buchstabe u im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25777)

Für den Antrag der Mehrheit ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

802 Bundesamt für Verkehr

802 Office fédéral des transports

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 72 880 900

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 72 880 900

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und für Artikel 2 Buchstabe v im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25778)

Für den Antrag der Mehrheit ... 140 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 51 Stimmen

(1 Enthaltung)



810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Fr. 220 019 600

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Fr. 220 019 600

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und für Artikel 2 Buchstabe x im Bundesbeschluss II.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25779)
Für den Antrag der Mehrheit ... 139 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen
(1 Enthaltung)

Kontengruppen
Groupes de comptes

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)
Personalausgaben
Fr. 6 339 982 100

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)
Dépenses de personnel
Fr. 6 339 982 100

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Abstimmung gilt auch für Artikel 2 im Bundesbeschluss Ib und für Artikel 2 Buchstabe z im Bundesbeschluss II.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25780)

Für den Antrag der Mehrheit ... 141 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 52 Stimmen

(0 Enthaltungen)

2. Bundesbeschluss la über den Voranschlag für das Jahr 2023

2. Arrêté fédéral la concernant le budget pour l'année 2023

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2022 N 2031 / BO 2022 N 2031

Abs. 2

...

a. ... 81 390 404 100 Franken;

b. ... 81 732 326 600 Franken;

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

c. ... 341 922 500 Franken.

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. ... 81 390 404 100 francs;

b. ... 81 732 326 600 francs;

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

c. ... 341 922 500 francs.

Grin Jean-Pierre (V, VD), pour la commission: Voici le résumé des décisions et de leur portée financière concernant le budget 2023.

Le budget 2023 prévoit un déficit de financement de 4,826 milliards de francs. Ce montant inclut des dépenses extraordinaires de 5,7 milliards de francs. La marge de manoeuvre selon le frein à l'endettement dans le budget ordinaire se monte donc à 194 millions de francs. Par rapport au projet du Conseil fédéral, vous avez augmenté les dépenses de 15,1 millions de francs. Par rapport aux décisions de la Commission des finances, l'augmentation des dépenses se monte à 3,9 millions de francs. Les montants exacts de l'arrêté fédéral concernant le budget pour l'année 2023 seront publiés dans le Bulletin officiel.

Puisque j'ai la parole, permettez-moi d'adresser des remerciements. J'aimerais remercier le secrétariat de la Commission des finances pour tout le travail d'accompagnement de notre commission, pour la précision de



leurs informations ainsi que leur disponibilité permanente. Merci également au Conseil fédéral et à l'administration, ainsi qu'à notre ministre des finances Ueli Maurer, pour tout le travail effectué dans le cadre de la préparation de ce budget ainsi que pour les diverses, abondantes et précises informations qui nous ont été transmises, tant par oral que par écrit.

Giacometti Anna (RL, GR), für die Kommission: Ich gebe Ihnen die Zusammenfassung der Beratung und deren Auswirkungen auf den Voranschlag 2023 bekannt. Der Voranschlag 2023 sieht ein Finanzierungsdefizit von 4,826 Milliarden Franken vor. Darin eingeschlossen sind ausserordentliche Ausgaben von 5,7 Milliarden Franken. Der Handlungsspielraum gemäss Schuldenbremse im ordentlichen Haushalt beläuft sich auf 194 Millionen Franken. Im Vergleich zum Bundesrat haben Sie die Ausgaben um insgesamt 15,1 Millionen Franken erhöht. Im Vergleich zu den Beschlüssen der Finanzkommission liegen die Ausgaben nun um 3,9 Millionen Franken höher. Die genauen Beträge für den Bundesbeschluss la über den Voranschlag 2023 werden im Amtlichen Bulletin publiziert.

Ich bedanke mich ebenfalls ganz herzlich beim Bundesrat, insbesondere bei Bundesrat Maurer, beim Sekretariat der Finanzkommission, bei den Mitgliedern der Finanzkommission und bei meinem Kollegen Jean-Pierre Grin für die sehr gute Zusammenarbeit.

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

...

a. ... 9 543 644 600 Franken;

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

b. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

c. ... 8 505 547 200 Franken.

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

...

a. ... 9 543 644 600 francs;

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

b. Adhérer au projet du Conseil fédéral

c. ... 8 505 547 200 francs.

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Angenommen – Adopté

Art. 3

Antrag der Kommission

Abs. 1

... von 80 666 803 454 Franken ...

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Abs. 2

... von 5 700 000 000 Franken auf 86 366 803 454 Franken erhöht.

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Abs. 3

... auf 86 169 258 500 Franken ... um 197 544 954 Franken.



Abs. 4

... auf 86 169 258 500 Franken gekürzt ...

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

... de 80 666 803 454 francs ...

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Al. 2

... de 5 700 000 000 francs pour ... atteignant ainsi 86 366 803 454 francs.

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Al. 3

... à 86 169 258 500 francs ... de 197 544 954 francs.

Al. 4

... à 86 169 258 500 francs ...

Angenommen – Adopté

Ausserordentlicher Zahlungsbedarf

Besoins financiers extraordinaires

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25782)

Für Annahme der Ausgabe ... 138 Stimmen

Dagegen ... 49 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 4

Antrag der Mehrheit

Titel

Der Ausgabenbremse unterstellte Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Abs. 1 Bst. e

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

AB 2022 N 2032 / BO 2022 N 2032

Abs. 3 Einleitung

Folgende Zahlungsrahmen werden gemäss besonderen Verzeichnissen bewilligt:

Abs. 3 Bst. a

a. Bildung und Forschung 35 000 000 Franken

Antrag der Minderheit I

(Munz, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Abs. 1 Bst. e

e. Bildung und Forschung 20 000 000 Franken

Antrag der Minderheit II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Abs. 1 Bst. e

e. ... 50 000 000 Franken



Antrag der Minderheit II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Abs. 3 Bst. a

a. ... 50 000 000 Franken

Art. 4

Proposition de la majorité

Titre

Crédits d'engagement et plafonds des dépenses soumis au frein aux dépenses

Al. 1 let. e

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3 introduction

Les plafonds des dépenses suivants, dont le détail figure dans des listes spéciales, sont approuvés:

Al. 3 let. a

a. formation et recherche 35 000 000 francs

Proposition de la minorité I

(Munz, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Al. 1 let. e

e. formation et recherche 20 000 000 francs

Proposition de la minorité II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Al. 1 let. e

e. ... 50 000 000 francs

Proposition de la minorité II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Al. 3 let. a

a. ... 50 000 000 francs

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.041/25783)

Für Annahme der Ausgabe ... 139 Stimmen

Dagegen ... 49 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 5

Antrag der Mehrheit

Abs. 1 Bst. c

c. Kultur und Freizeit 7 650 000 Franken



Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 3 Bst. c

c. Landwirtschaft und Ernährung 6 200 000 Franken

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)

Abs. 1 Bst. f

f. Umwelt und Raumordnung 1 000 000 Franken

Antrag der Minderheit

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Abs. 3 Bst. a

a. ... 10 000 000 Franken

Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

Abs. 3 Bst. c

Streichen

Art. 5

Proposition de la majorité

Al. 1 let. c

c. Culture et loisir 7 650 000 francs

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 3 let. c

c. Agriculture et alimentation 6 200 000 francs

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)

Al. 1 let. f

f. Environnement et aménagement du territoire 1 000 000 francs

Proposition de la minorité

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

Al. 3 let. a

a. ... 10 000 000 francs

Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

Al. 3 let. c

Biffer

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 6–11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates





Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

AB 2022 N 2033 / BO 2022 N 2033

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 22.041/25784)
Für Annahme des Entwurfes ... 137 Stimmen
Dagegen ... 49 Stimmen
(4 Enthaltungen)

3. Bundesbeschluss Ib über die Planungsgrössen im Voranschlag für das Jahr 2023 **3. Arrêté fédéral Ib concernant le cadre financier inscrit au budget 2023**

Titel und Ingress, Art. 1–3
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Anhang 1 – Annexe 1
Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

Anhang 2 – Annexe 2

Departement für auswärtige Angelegenheiten **Département des affaires étrangères**

202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
202 Département fédéral des affaires étrangères

Antrag der Mehrheit
A231.0332 Humanitäre Aktionen
A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen
A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)
A231.0332 Humanitäre Aktionen
Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 50 000 000 Franken sind für Massnahmen im Bereich der Ernährungssicherheit einzusetzen.

Antrag der Minderheit
(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wett-



stein, Wyss)

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 50 000 000 Franken sind zugunsten des Green Climate Fund (GCF) einzusetzen.

Antrag der Minderheit

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0336 Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 60 000 000 Franken sind zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit (Wiederaufbau) in der Ukraine einzusetzen.

Antrag Pasquier-Eichenberger

A231.0330 Beiträge an multilaterale Organisationen

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 316 730 884 Franken sind zugunsten des Green Climate Fund (GCF) einzusetzen.

Proposition de la majorité

A231.0332 Actions humanitaires

A231.0330 Contributions à des organisations humanitaires

A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est

A231.0337 Contribution Suisse en faveur de certains Etats membres UE

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Badertscher, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0332 Actions humanitaires

Les moyens supplémentaires de 50 000 000 francs sont destinés à des mesures dans le domaine de la sécurité alimentaire.

Proposition de la minorité

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0330 Contributions à des organisations humanitaires

Les moyens supplémentaires de 50 000 000 francs sont destinés au Green Climate Fund (GCF).

Proposition de la minorité

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0336 Coopération au développement, pays de l'Est

Les moyens supplémentaires de 60 000 000 francs sont destinés à la coopération au développement (reconstruction) en Ukraine.

Proposition Pasquier-Eichenberger

A231.0330 Contributions à des organisations multilatérales

Les moyens supplémentaires de 316 730 884 francs sont destinés au Green Climate Fund (GCF).

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



Departement des Innern – Département de l'intérieur

*316 Bundesamt für Gesundheit
316 Office fédéral de la santé publique*

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Die Kürzung dieses Kredits um 1 595 500 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
La diminution de ce crédit de 1 595 500 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

AB 2022 N 2034 / BO 2022 N 2034

*317 Bundesamt für Statistik
317 Office fédéral de la statistique*

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Die Kürzung dieses Kredits um 1 803 600 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
La diminution de ce crédit de 1 803 600 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

*341 Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen
341 Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires*

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 360 000 Franken sind zugunsten der Schaffung von zwei Stellen im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln einzusetzen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Les moyens supplémentaires de 360 000 francs sont destinés à la création de deux postes dans le domaine de l'homologation de produits phytosanitaires.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Justiz- und Polizeidepartement

Département de justice et police

420 Staatssekretariat für Migration

420 Secrétariat d'Etat aux migrations

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Fr. 296 919 700

(Nachmeldungen des Bundesrates vom 30. September 2022 und 26. Oktober 2022)

Antrag der Minderheit

(Fischer Benjamin, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die Kürzung dieses Kredits ist im Personalbereich (-9 300 000 Franken) sowie im Bereich der Sach- und Betriebsausgaben (-12 700 000 Franken) zu vollziehen.

Antrag der SVP-Fraktion

A290.0144 Ukraine: Beiträge an Kantone

A231.0442 Ukraine: Beiträge an Kantone

Die neu ordentlich verbuchten Beiträge an die Kantone für Kriegsvertriebene aus der Ukraine in der Höhe von 1 700 000 000 Franken sind in den ungebundenen Ausgaben in allen Departementen und Bereichen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Armee zu kompensieren.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Fr. 296 919 700

(Annonces tardives du Conseil fédéral des 30 septembre 2022 et 26 octobre 2022)

Proposition de la minorité

(Fischer Benjamin, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Schwander, Strupler)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit est réalisée dans le domaine de personnel (-9 300 000 de francs) et dans le domaine



des dépenses de biens et services et d'exploitation (-12 700 000 de francs).

Proposition du groupe UDC

A290.0144 Ukraine: contributions aux cantons

A231.0442 Ukraine: contributions aux cantons

Les nouvelles contributions comptabilisées à titre ordinaire d'un montant de 1 700 000 000 de francs qui sont versées aux cantons pour l'accueil des personnes déplacées par la guerre en Ukraine sont compensées dans les dépenses non liées de l'ensemble des départements et domaines, à l'exception de l'agriculture et de l'armée.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Département de la défense, de la protection de la population et des sports

504 Bundesamt für Sport

504 Office fédéral du sport

Antrag der Kommission

A231.0108 Sportverbände und andere Organisationen

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 360 000 Franken sind zugunsten der Verbesserung der Ethik-Situation im Sport bzw. für die Meldestelle von Swiss Sport Integrity zu vollziehen.

AB 2022 N 2035 / BO 2022 N 2035

A231.0109 Internationale Sportanlässe

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 650 000 Franken sind zugunsten der Staffel-Weltmeisterschaft 2024 in Lausanne einzusetzen.

Proposition de la commission

A231.0108 Fédérations sportives et autres organisations

Les moyens supplémentaires de 360 000 francs sont destinés à l'amélioration de l'éthique dans le sport, à savoir au service de signalement Swiss Sport Integrity.

A231.0109 Manifestations sportives internationales

Les moyens supplémentaires de 650 000 francs sont destinés aux championnats du monde de relais en 2024 à Lausanne.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Finanzdepartement – Département des finances

605 Eidgenössische Steuerverwaltung

605 Administration fédérale des contributions

Antrag der Mehrheit

E110.0106 Mehrwertsteuer

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



Antrag der Minderheit

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

E110.0106 Mehrwertsteuer

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Schaffung von fünf Stellen für Kontrollen bei der Mehrwertsteuer einzusetzen. Der Aufbau beginnt im Jahr 2023 mit 50 Prozent der zusätzlichen Personalkosten (2,5 FTE), ab 2024 sollen dann die vollen Stellen besetzt sein. Der Ertrag der Mehrwertsteuer soll im ersten Jahr um 3 500 000 und in den Folgejahren um 7 000 000 Franken erhöht werden.

Proposition de la majorité

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Les moyens supplémentaires sont destinés à la création de cinq postes dans le domaine des contrôles de la TVA. La création de ces postes commencera en 2022, la moitié des dépenses de personnel supplémentaires (2,5 ETP) étant engagées à ce moment-là; les postes seront complètement pourvus dès 2023. Le produit de l'impôt fédéral direct sera augmenté de 3 500 000 de francs la première année et de 7 000 000 de francs les années suivantes.

620 Bundesamt für Bauten und Logistik

620 Office fédéral des constructions et de la logistique

Antrag der Mehrheit

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Die Kürzung dieses Kredits um 5 047 000 Franken ist als Querschnittkürzung zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit de 5 047 000 francs est réalisée de manière transversale.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité



**Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
Département de l'économie, de la formation et de la recherche**

*704 Staatssekretariat für Wirtschaft
704 Secrétariat à l'Etat à l'économie*

Antrag der Mehrheit

A231.0210 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0210 Wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit Länder des Ostens

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 30 000 000 Franken sind zugunsten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (Wiederaufbau) in der Ukraine einzusetzen.

Proposition de la majorité

A231.0210 Coopération économique au développement, pays de l'Est
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Friedl Claudia, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0210 Coopération économique au développement, pays de l'Est

Les moyens supplémentaires de 30 000 000 francs sont destinés à la coopération économique au développement (reconstruction) en Ukraine.

708 Bundesamt für Landwirtschaft

708 Office fédéral de l'agriculture

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 6 200 000 Franken sind zugunsten der Förderung des Absatzes von Schweizer Wein einzusetzen.

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Die Mittel für Versorgungssicherheitsbeiträge belaufen sich auf 1 080 000 000 Franken.

AB 2022 N 2036 / BO 2022 N 2036

Antrag der Minderheit

(Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die Kürzung dieses Kredits um 900 000 Franken ist bei den Personalausgaben im Bereich der Umsetzung der Pa. Iv. 19.475, "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren", zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Grin, Badertscher, Bourgeois, Gschwind, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0228 Pflanzen- und Tierzucht

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 3 900 000 Franken sind zugunsten der Erhaltung einheimischer Nutztierassen einzusetzen.



Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

Von den im Voranschlag 2023 eingestellten Mitteln sind 9 000 000 Franken zugunsten der Förderung des Absatzes von Schweizer Wein einzusetzen.

Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0234 Direktzahlungen Landwirtschaft

Streichen

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

A231.0228 Sélection végétale et animale

Adhérer au projet du Conseil fédéral

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Les moyens supplémentaires de 6 200 000 francs sont destinés à la promotion des ventes de vin suisse.

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Les moyens alloués aux contributions à la sécurité de l'approvisionnement se montent à 1 080 000 000 de francs.

Proposition de la minorité

(Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit de 900 000 francs doit être réalisée au moyen de la réduction des charges de personnel affecté à la mise en oeuvre de l'iv. pa. 19.475 "Réduire le risque de l'utilisation de pesticides".

Proposition de la minorité

(Grin, Badertscher, Bourgeois, Gschwind, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A231.0228 Sélection végétale et animale

Les moyens supplémentaires de 3 900 000 francs sont destinés à la préservation des races indigènes d'animaux de rente.

Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

Sur les fonds inscrits au budget 2023, 9 000 000 de francs sont utilisés en faveur de la promotion des ventes de vins suisses.

Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Giacometti, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0234 Paiements directs versés dans l'agriculture

Biffer

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Pos. 708.A231.0228

Angenommen gemäss Antrag der Minderheit

Adopté selon la proposition de la minorité

Übrige Bestimmungen angenommen

Les autres dispositions sont adoptées



750 Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation
750 Secrétariat d'Etat à la formation, à la recherche et à l'innovation

Antrag der Mehrheit

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0269 Internationale Mobilität Bildung

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 50 000 000 Franken sind zugunsten des Erasmus-plus-Programms einzusetzen.

Proposition de la majorité

A231.0269 Mobilité internationale, formation
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité II

(Munz, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

A231.0269 Mobilité internationale, formation

Les moyens supplémentaires de 50 000 000 francs sont destinés au programme Erasmus plus.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Département de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

801 Generalsekretariat UVEK

801 Secrétariat général du DETEC

Antrag der Mehrheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

Die Kürzung dieses Kredits um 538 400 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit de 538 400 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

AB 2022 N 2037 / BO 2022 N 2037



802 Bundesamt für Verkehr
802 Office fédéral des transports

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit
(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Die Kürzung dieses Kredits um 504 700 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Proposition de la majorité
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité
(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
La diminution de ce crédit de 504 700 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

805 Bundesamt für Energie
805 Office fédéral de l'énergie

Antrag Storni
A290.XXXX Reservekraftwerke
Dieser Kredit in der Höhe von 100 000 000 Franken ist für die Deckung des Anteiles der privaten Haushalte an den Kosten für die Bereitstellung der Wasserkraftreserve im Winter 2022/23 zu verwenden.

Proposition Storni
A290.XXXX Centrales de réserve
Ce crédit de 100 000 000 francs est destiné à couvrir les coûts de la mise à disposition de la réserve hydroélectrique pendant l'hiver 2022/23 assumés par les ménages privés.

810 Bundesamt für Umwelt
810 Office fédéral de l'environnement

Antrag der Mehrheit
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates
A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei
Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 4 000 000 Franken sind zugunsten von Sofortmassnahmen für den Herdenschutz einzusetzen.

Antrag der Minderheit
(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
Die Kürzung dieses Kredits um 2 351 500 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit
(Schneider Schüttel, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gschwind, Matter Michel, Munz, Wettstein, Wyss)
A231.0323 Wildtiere, Jagd und Fischerei
Streichen



Antrag Pasquier-Eichenberger

A231.0322 Multilaterale Umweltfonds

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 233 269 116 Franken sind zugunsten folgender internationalen Fonds einzusetzen: Least Developed Countries Fund (LDCF), Special Climate Change Fund (SCCF) und Global Environment Facility (GEF).

Proposition de la majorité

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche

Les moyens supplémentaires de 4 000 000 de francs sont destinés à des mesures urgentes pour la protection des troupeaux.

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

La diminution de ce crédit de 2 351 500 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gschwind, Matter Michel, Munz, Wettstein, Wyss)

A231.0323 Animaux sauvages, chasse et pêche

Biffer

Proposition Pasquier-Eichenberger

A231.0322 Fonds multilatéraux pour l'environnement

Les moyens supplémentaires de 233 269 116 francs sont destinés aux fonds internationaux suivants: Least Developed Countries Fund (LDCF), Special Climate Change Fund (SCCF) et Global Environment Facility (GEF).

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Kontengruppen

Groupes de comptes

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)

Personalausgaben

Ein Anteil von 1 800 000 Franken der Kürzung der Personalausgaben ist durch die Streichung der Stellen für die Strategie Social Media/Digitalisierung (180 000 Franken pro Departement mit Ausnahme des Eidgenössischen Finanzdepartements sowie 720 000 Franken in der Bundeskanzlei) zu vollziehen. Der restliche Teil der Kürzung der Personalausgaben im Umfang von 23 000 000 Franken ist als Querschnittkürzung zu vollziehen und gilt nicht für die Behörden und Gerichte sowie die Eidgenössische Finanzkontrolle.

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)

Dépenses de personnel

Une part de la réduction des dépenses de personnel, d'un montant de 1 800 000 francs, est réalisée en sup-



primant les postes pour la stratégie en matière de médias sociaux et de numérisation (180 000 francs par département à l'exception du Département fédéral des finances et 720 000 francs à la Chancellerie fédérale). La réduction des dépenses de personnel restante, d'un montant de 23 000 000 de francs, doit être effectuée de manière transversale. Elle ne s'applique pas aux Autorités et Tribunaux ni au Contrôle fédéral des finances.

AB 2022 N 2038 / BO 2022 N 2038

Antrag der SVP-Fraktion

Ordentliche Ausgaben

Die Kürzung in der Höhe von 666 700 000 Franken ist als Querschnittkürzung über die ungebundenen Ausgaben in allen Departementen und Bereichen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der Armee zu vollziehen.

Proposition du groupe UDC

Dépenses ordinaires

La réduction de 666 700 000 de francs est réalisée sous la forme d'une coupe transversale dans les dépenses non liées de l'ensemble des départements et domaines, à l'exception de l'agriculture et de l'armée.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 22.041/25785)

Für Annahme des Entwurfes ... 138 Stimmen

Dagegen ... 50 Stimmen

(2 Enthaltungen)

4. Bundesbeschluss II über den Finanzplan für die Jahre 2024–2026**4. Arrêté fédéral II concernant le plan financier pour les années 2024–2026****Titel und Ingress, Art. 1***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 2 Bst. e-j***Antrag der Mehrheit*

e. Generalsekretariat EDI

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

f. Generalsekretariat EDI

A231.0362 Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz

g. Bundesamt für Kultur

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

h. Bundesamt für Gesundheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

i. Bundesamt für Statistik

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

j. Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)



Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

e. Generalsekretariat EDI

A231.0172 Beitrag Pro Helvetia

2024: Fr. 45 538 300

2025: Fr. 46 008 200

2026: Fr. 46 482 700

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Munz, Trede)

f. Generalsekretariat EDI

A231.0362 Bundesbeitrag an das Schweizerische Rote Kreuz

2024: Fr. 830 000

2025: Fr. 830 000

2026: Fr. 830 000

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

g. Bundesamt für Kultur

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2024: Fr. 80 000 000

2025: Fr. 80 000 000

2026: Fr. 80 000 000

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

h. Bundesamt für Gesundheit

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2024: Fr. 195 136 900

2025: Fr. 171 391 100

2026: Fr. 170 817 600

Die Kürzung dieses Kredits um 1 595 500 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

i. Bundesamt für Statistik

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2024: Fr. 170 397 800

2025: Fr. 165 629 600

2026: Fr. 161 208 100

Die Kürzung dieses Kredits um 1 803 600 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)

j. Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2024: Fr. 70 133 900

2025: Fr. 68 960 400

2026: Fr. 67 728 800

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 360 000 Franken sind zugunsten der Schaffung von zwei Stellen im Bereich der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln einzusetzen.



Art. 2 let. e-j

Proposition de la majorité

e. Secrétariat général du DFI

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

f. Secrétariat général du DFI

A231.0362 Contribution fédérale destinée à la Croix-Rouge suisse

g. Office fédéral de la culture

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

h. Office fédéral de la santé publique

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

i. Office fédéral de la statistique

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

j. Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

e. Secrétariat général du DFI

A231.0172 Contribution à Pro Helvetia

2024: Fr. 45 538 300

AB 2022 N 2039 / BO 2022 N 2039

2025: Fr. 46 008 200

2026: Fr. 46 482 700

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Munz, Trede)

f. Secrétariat général du DFI

A231.0362 Contribution fédérale destinée à la Croix-Rouge suisse

2024: Fr. 830 000

2025: Fr. 830 000

2026: Fr. 830 000

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

g. Office fédéral de la culture

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 80 000 000

2025: Fr. 80 000 000

2026: Fr. 80 000 000

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

h. Office fédéral de la santé publique

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 195 136 900

2025: Fr. 171 391 100

2026: Fr. 170 817 600

La diminution de ce crédit de 1 595 500 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

i. Office fédéral de la statistique

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 170 397 800



2025: Fr. 165 629 600

2026: Fr. 161 208 100

La diminution de ce crédit de 1 803 600 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Schneider Schüttel, Andrey, Badertscher, Bourgeois, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Trede, Wettstein, Wyss)

j. Office fédéral de la sécurité alimentaire et des affaires vétérinaires

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 70 133 900

2025: Fr. 68 960 400

2026: Fr. 67 728 800

L'augmentation de 360 000 francs de ce crédit est destinée à la création de deux postes dans le domaine de l'homologation de produits phytosanitaires.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2 Bst. k

Antrag der Kommission

k. Bundesamt für Bevölkerungsschutz

LG1: Bevölkerungsschutz

– Veränderter Sollwert:

2024: 90

2025: 90

2026: 90

Art. 2 let. k

Proposition de la commission

k. Office fédéral de la protection de la population

LG1: Protection de la population

– Valeur-cible modifiée:

2024: 90

2025: 90

2026: 90

Angenommen – Adopté

Art. 2 Bst. m-o

Antrag der Mehrheit

m. Eidgenössische Steuerverwaltung

E110.0106 Mehrwertsteuer

n. Eidgenössische Steuerverwaltung

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

o. Bundesamt für Bauten und Logistik

A201.0001 Investitionen (Globalbudget)

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

m. Eidgenössische Steuerverwaltung

E110.0106 Mehrwertsteuer

2024: Fr. 27 187 000 000



2025: Fr. 28 217 000 000

2026: Fr. 28 987 000 000

n. Eidgenössische Steuerverwaltung

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

2024: Fr. 261 411 300

2025: Fr. 263 205 600

2026: Fr. 264 294 200

Die zusätzlichen Mittel sind zugunsten der Schaffung von fünf Stellen für Kontrollen bei der Mehrwertsteuer einzusetzen. Der Ertrag der Mehrwertsteuer soll im ersten Jahr um 3 500 000 und in den Folgejahren um 7 000 000 Franken erhöht werden.

Antrag der Minderheit

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

2024: Fr. 319 053 300

2025: Fr. 313 629 700

2026: Fr. 281 374 200

Die Kürzung dieses Kredits um 5 047 000 Franken ist als Querschnittkürzung zu vollziehen.

Art. 2 let. m-o

Proposition de la majorité

m. Administration fédérale des contributions

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

n. Administration fédérale des contributions

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

o. Office fédéral des constructions et de la logistique

A201.0001 Investissements (enveloppe budgétaire)

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Gysi Barbara, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wettstein, Wyss)

m. Administration fédérale des contributions

E110.0106 Taxe sur la valeur ajoutée

2024: Fr. 27 187 000 000

2025: Fr. 28 217 000 000

2026: Fr. 28 987 000 000

n. Administration fédérale des contributions

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 261 411 300

2025: Fr. 263 205 600

2026: Fr. 264 294 200

AB 2022 N 2040 / BO 2022 N 2040

Les moyens supplémentaires sont destinés à la création de cinq postes dans le domaine des contrôles de la TVA. Le produit de l'impôt fédéral direct sera augmenté de 3 500 000 de francs la première année et de 7 000 000 de francs les années suivantes.

Proposition de la minorité

(Strupler, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet)

2024: Fr. 319 053 300

2025: Fr. 313 629 700

2026: Fr. 281 374 200

La diminution de ce crédit de 5 047 000 francs est réalisée de manière transversale.



Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2 Bst. r

Antrag der Mehrheit

r. Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

2024: Fr. 75 549 900

2025: Fr. 75 549 900

2026: Fr. 75 200 700

Die zusätzlichen Mittel in der Höhe von 6 200 000 Franken sind zugunsten der Förderung des Absatzes von Schweizer Wein einzusetzen.

Antrag der Minderheit

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

r. Bundesamt für Landwirtschaft (BLW)

A231.0229 Qualitäts- und Absatzförderung

2024: gemäss Bundesrat

2025: gemäss Bundesrat

2026: gemäss Bundesrat

Von den eingestellten Mitteln sind 9 000 000 Franken zugunsten der Förderung des Absatzes von Schweizer Wein einzusetzen.

Art. 2 let. r

Proposition de la majorité

r. Office fédéral de l'agriculture (OFAG)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

2024: Fr. 75 549 900

2025: Fr. 75 549 900

2026: Fr. 75 200 700

Les moyens supplémentaires de 6 200 000 francs sont destinés à la promotion des ventes de vin suisse.

Proposition de la minorité

(Munz, Andrey, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gmür Alois, Gysi Barbara, Trede, Wettstein, Wyss)

r. Office fédéral de l'agriculture (OFAG)

A231.0229 Promotion de la qualité et des ventes

2024: selon Conseil fédéral

2025: selon Conseil fédéral

2026: selon Conseil fédéral

Sur les fonds inscrits, 9 000 000 de francs sont utilisés en faveur de la promotion des ventes de vins suisses.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 2 Bst. u-y

Antrag der Mehrheit

u. Generalsekretariat UVEK

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

v. Bundesamt für Verkehr

A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)

w. Bundesamt für Energie

A231.0304 Programme Energie Schweiz



x. Bundesamt für Umwelt
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
y. Bundesamt für Umwelt
A236.0121 Umwelttechnologie
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
u. Generalsekretariat UVEK
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
2024: Fr. 23 167 400
2025: Fr. 23 123 100
2026: Fr. 23 416 000
Die Kürzung dieses Kredits um 538 400 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
v. Bundesamt für Verkehr
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
2024: Fr. 73 128 200
2025: Fr. 73 184 100
2026: Fr. 73 294 700
Die Kürzung dieses Kredits um 504 700 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Schilliger, Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
w. Bundesamt für Energie
A231.0304 Programme Energie Schweiz
2023: Fr. 32 539 500
2024: Fr. 26 912 000
2025: Fr. 26 912 000

Antrag der Minderheit

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)
x. Bundesamt für Umwelt
A200.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)
2024: Fr. 222 518 600
2025: Fr. 222 110 500
2026: Fr. 222 639 900
Die Kürzung dieses Kredits um 2 351 500 Franken ist im Personalbereich zu vollziehen.

Antrag der Minderheit

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)
y. Bundesamt für Umwelt
A236.0121 Umwelttechnologie
2024: Fr. 4 994 900
2025: Fr. 5 014 800
2026: Fr. 5 034 800

Art. 2 let. u-y

Proposition de la majorité

u. Secrétariat général du DETEC
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
v. Office fédéral des transports
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)



w. Office fédéral de l'énergie
A231.0304 Programme Suisse Energie
x. Office fédéral de l'environnement
A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)
y. Office fédéral de l'environnement
A236.0121 Technologie environnementale
Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2022 N 2041 / BO 2022 N 2041

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

u. Secrétariat général du DETEC

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 23 167 400

2025: Fr. 23 123 100

2026: Fr. 23 416 000

La diminution de ce crédit de 538 400 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

v. Office fédéral des transports

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 73 128 200

2025: Fr. 73 184 100

2026: Fr. 73 294 700

La diminution de ce crédit de 504 700 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Schilliger, Grin, Guggisberg, Nicolet, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

w. Office fédéral de l'énergie

A231.0304 Programme Suisse Energie

2023: Fr. 32 539 500

2024: Fr. 26 912 000

2025: Fr. 26 912 000

Proposition de la minorité

(Nicolet, Grin, Guggisberg, Reimann Lukas, Schwander, Strupler, Tuena)

x. Office fédéral de l'environnement

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 222 518 600

2025: Fr. 222 110 500

2026: Fr. 222 639 900

La diminution de ce crédit de 2 351 500 francs est réalisée dans le domaine du personnel.

Proposition de la minorité

(Wettstein, Andrey, Badertscher, Fischer Roland, Friedl Claudia, Gschwind, Gysi Barbara, Matter Michel, Munz, Schneider Schüttel, Trede, Wyss)

y. Office fédéral de l'environnement

A200.0001 Charges de fonctionnement (enveloppe budgétaire)

2024: Fr. 4 994 900

2025: Fr. 5 014 800

2026: Fr. 5 034 800



Kontengruppen Groupes de comptes

Art. 2 Bst. z

Antrag der Mehrheit

z. Personalausgaben

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)

z. Personalausgaben

2024: Fr. 6 384 687 500

2025: Fr. 6 424 779 300

2026: Fr. 6 471 207 300

Ein Anteil von 1 800 000 Franken der Kürzung der Personalausgaben ist durch die Streichung der Stellen für die Strategie Social Media/Digitalisierung (180 000 Franken pro Departement mit Ausnahme des Eidgenössischen Finanzdepartements sowie 720 000 Franken in der Bundeskanzlei) zu vollziehen. Der restliche Teil der Kürzung der Personalausgaben im Umfang von 23 000 000 Franken ist als Querschnittkürzung zu vollziehen und gilt nicht für die Behörden und Gerichte sowie die Eidgenössische Finanzkontrolle.

Art. 2 let. z

Proposition de la majorité

z. Dépenses du personnel

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Schwander, Egger Mike, Grin, Guggisberg, Nicolet, Strupler, Tuena)

z. Dépenses du personnel

2024: Fr. 6 384 687 500

2025: Fr. 6 424 779 300

2026: Fr. 6 471 207 300

Une part de la réduction des dépenses de personnel, d'un montant de 1 800 000 francs, est réalisée en supprimant les postes pour la stratégie en matière de médias sociaux et de numérisation (180 000 francs par département à l'exception du Département fédéral des finances et 720 000 francs à la Chancellerie fédérale). La réduction des dépenses de personnel restante, d'un montant de 23 000 000 de francs, doit être effectuée de manière transversale. Elle ne s'applique pas aux Autorités et Tribunaux ni au Contrôle fédéral des finances.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Über die Anträge aller Minderheiten wurde bereits abgestimmt.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Art. 3–5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Zum Bundesbeschluss II über den Finanzplan wird keine Gesamtabstimmung durchgeführt, da Eintreten obligatorisch ist.

5. Bundesbeschluss III über die Entnahmen aus dem Bahninfrastrukturfonds für das Jahr 2023

5. Arrêté fédéral III concernant les prélèvements sur le fonds d'infrastructure ferroviaire pour l'année



2023

Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

AB 2022 N 2042 / BO 2022 N 2042

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 22.041/25786)
Für Annahme des Entwurfes ... 179 Stimmen
Dagegen ... 12 Stimmen
(0 Enthaltungen)

6. Bundesbeschluss IV über die Entnahmen aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-fonds für das Jahr 2023

6. Arrêté fédéral IV concernant les prélèvements sur le fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération pour l'année 2023

Eintreten ist obligatorisch
L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1–3

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1–3

Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 22.041/25787)
Für Annahme des Entwurfes ... 191 Stimmen
Dagegen ... 0 Stimmen
(0 Enthaltungen)